

Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22.

Mittwoch, den 27. Januar 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Künstliche Preissteigerung.

Das Steigen der Kohlenpreise haben wir des Oesteren schon erwähnt und dabei auch der Vorwürfe gedacht, die gegen das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat wegen der hohen Preise in Abnehmerkreisen erhoben worden sind. Es ist nun für die Beurtheilung der Wirksamkeit der Kartelle von hohem Werth, festzustellen, in welcher Weise sie den natürlichen Preis einer Waare, der, so lange ein Gewerbszweig noch nicht kartellirt ist, aus dem Verhältniß von Angebot und Nachfrage resultirt, durch künstlichen Eingriff in die Produktion so gestalten, daß der Gewinn für die unternehmenden Kapitalisten möglichst groß wird.

In den nicht kartellirten Gewerbszweigen stellen die Produzenten in Zeiten lebhafter Nachfrage so viel Waare wie nur immer möglich her und jeder einzelne Fabrikant wirft seine Waare auf den Markt. Durch die gleichzeitige ausgedehnteste Produktion aller einzelnen Fabrikanten entsteht dann ein massenhaftes Angebot, das ein allzu hohes Steigen der Preise verhindert, ja sehr oft ihr empfindliches Fallen zur Folge hat.

Anders gestaltet sich die Preisgestaltung bei einem Syndikat, das es in der Hand hat, die Produktion aller Fabrikanten zahlenmäßig genau zu erweitern oder auch zu beschränken. Hier kann der Fall eintreten, daß bei steigender Nachfrage nach einer Waare die Leitung des Syndikats eine Einschränkung der Produktion anordnet, wodurch das Angebot also vermindert wird; infolge davon muß bei der Spannung zwischen Angebot und Nachfrage eine rasche Steigerung der Preise stattfinden. Eine solche Steigerung ist künstlich, willkürlich herbeigeführt und zeigt den kapitalistischen Auswuchs der Kartellbildungen. Das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat hat nun im abgelaufenen Jahre das Angebot der Kohlen so regulirt, daß die Nachfrage sehr häufig stürmisch war, obwohl es in der Lage gewesen wäre, mehr zu produziren, als mehr Waare anzubieten, als es in Wirklichkeit geschehen ist. Die Thatfache dieser künstlichen Preisbildung geht ganz klar aus einem Vergleich der Förderungseinschränkungen in den beiden Jahren 1895 und 1896 hervor. In nachfolgender Aufstellung sind die Förderungseinschränkungen für die einzelnen Monate angegeben:

| Monat | Tatsächliche Förderungseinschränkung | | gegen 1895 Prozent |
|------------------|--------------------------------------|--------------|--------------------|
| | 1895 Prozent | 1896 Prozent | |
| Januar | 11,00 | 3,50 | - 7,50 |
| Februar | 7,67 | 10,38 | + 2,71 |
| März | 8,87 | 11,70 | + 2,83 |
| April | 12,87 | 11,85 | - 1,02 |
| Mai | 13,79 | 11,44 | - 2,35 |
| Juni | 13,99 | 11,51 | - 2,48 |
| Juli | 14,29 | 10,91 | - 3,38 |
| August | 12,58 | 10,47 | - 2,11 |
| September | 14,96 | 8,20 | - 6,76 |
| Oktober | 11,62 | 7,79 | - 3,83 |
| November | 3,42 | 3,33 | - 0,09 |
| Dezember | 2,12 | 3,35 | + 1,23 |
| Durchschnittlich | 11,28 | 8,12 | - 2,56 |

Obgleich nun das Jahr 1896 einen gewaltigen Bedarf an Kohlen zeigte und dieser Bedarf schon Ende 1895 sehr wohl vorausgesehen war, hat das Kohlen Syndikat trotzdem die Förderungseinschränkung gegen das Jahr 1895, in dem der Kohlenverbrauch ein weit geringerer war, kaum ermäßigt. Ja, im Gegentheil. Als im Oktober der Kohlenbedarf eine stürmische Nachfrage nach Kohlen zeitigte, da setzte das Syndikat die Einschränkungskote nicht herab, sondern erhöhte sie im Dezember sogar um 1,23 Prozent gegen das Vorjahr.

Das Kohlen Syndikat wäre im Stande gewesen, die Kohlenproduktion so zu vermehren, daß ein fühlbarer Mangel nicht hätte eintreten können. Aber das kapitalistische Verlangen nach einem hohen Gewinn war die Triebfeder der Einschränkung der Produktion trotz steigender Nachfrage. Und unter dieser künstlichen Vertheuerung leidet die ganze deutsche Industrie — leidet die Arbeiter — leidet die Konsumenten. Hier zeigt das Syndikat eine Wirksamkeit, die volkswirtschaftlich schädlich ist und die sich auf die Dauer Staat und Gesellschaft nicht gefallen lassen werden.

Die Förderungseinschränkung im Dezember ist um so nachtheiliger, als infolge der Feiertage und vieler Er-

krankungen von Bergleuten im Dezember noch eine größere Kohlenknappheit im Januar eintreten muß.

Richard Casper.

Politische Handlungen.

Deutschland.

Die Novelle zum Handelsgesetzbuch ist beim Reichstag eingegangen.

Die Handwerkervorlage ist jetzt der „Post“ zufolge aus dem Stadium der Subkommission in dasjenige der Kommissionsverhandlungen übergegangen. Die Konstellation scheint dabei die alte geblieben zu sein: Preußen und Sachsen für die Zwangs- und Württemberg und Baden für die freie Zünfte, Bayern mit einem Ausgleichsvorschlag in der Mitte.

Die Vorschriften über die Veröffentlichung von literarischen Arbeiten durch aktive Offiziere, Offiziere z. B. und Militärbeamte sollen, wie nach der „Post“ verlautet, demnächst verändert werden, und zwar in dem Sinne, daß den Offizieren in dieser Hinsicht in Zukunft größere Freiheit gewährt werden soll, als bisher.

Die Konferenz, die über etwaige Vorkehrungsmaßregeln gegen die Einschleppung der Pest berathen soll, hat Sonnabend Vormittag im kaiserlichen Reichsgesundheitsamt unter dem Vorsitz des Direktors Köhler ihre Verhandlungen begonnen. Zur Berathung steht u. A. die Frage, ob schon jetzt Verkehrsbeschränkungen anzuordnen seien und wie die Kontrolle der Seeschiffe durchzuführen sei. In der Konferenz wird zugleich über die Frage der internationalen Sanitätskonferenz berathen, die in Venedig stattfinden soll.

Die Bekämpfung der Trunksucht. Aus Sachsen läßt sich der orthodoxe „Reichsbote“ schreiben: Es ist oft schwierig, für alleinstehende ältere sitze Frauen oder für Trinkerinnen „bessere“ Stände ein Unterkommen zu finden. Es wird alsdann ein von der „inneren Mission“ unterhaltenes Frauenheim empfohlen. — Wenn man sonst die frommen Blätter von der Trunksucht reden hört, soll diese nur immer in den sog. unteren Ständen grassiren. Was für „bessere“ Stände mögen es wohl sein, in denen es vornehme Trinkerinnen giebt?

Eine Erneuerung auf dem Gebiet der Majestätsbeleidigungsprozesse, welche schon so herrliche Blüten gezeitigt haben, ist wieder durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts eingeführt worden: Das „Bewußtsein“ der Majestätsbeleidigung. Am 21. ds. Mts. hatte sich wegen Majestätsbeleidigung der Redakteur des „Volkswille“, Genosse Thielhorn in Hannover, wieder einmal zu verantworten. Es handelte sich um dieselbe Angelegenheit, derentwegen bereits einmal Freisprechung erfolgt ist. Im Laufe des verfloffenen Sommers war vom Landgerichte in Oldenburg ein Heizer Köpfer zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er gelegentlich der Ausbringung eines „Hochs“ auf den Kaiser gepöfien und hierbei eine Aeußerung gethan hatte, die in Verbindung mit dem Pfeifen als Majestätsbeleidigung aufgefaßt war. In dem in öffentlicher Sitzung verkündeten Gerichtsbeschlusse war die angebliche Majestätsbeleidigung theilweise wiedergegeben und so in die Oeffentlichkeit gelangt und von einer großen Anzahl Zeitungen weiter verbreitet worden. Auch der „Volkswille“ brachte diese Notiz. Hierin sah die Staatsanwaltschaft in Hannover eine neue Majestätsbeleidigung. Es erfolgte jedoch in der Sitzung der Strafkammer vom 4. Septbr. vorigen Jahres kostenlose Freisprechung. Die Staatsanwaltschaft ergriff hiergegen das Rechtsmittel der Revision und das Reichsgericht verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung nach dort zurück, indem es ausführte, in dem freisprechenden Urtheile sei nicht genügend festgelegt, ob der Angeklagte nicht das „Bewußtsein“, eine neue Majestätsbeleidigung zu begehen, gehabt habe. In der Donnerstag-Sitzung der Strafkammer I kam das Gericht denn auch nach 3/4 stündiger Verhandlung und ebenso langer Berathung zu der Ansicht, daß Genosse Thielhorn bei Aufnahme der fraglichen Notiz das „Bewußtsein“ gehabt habe, eine Majestätsbeleidigung zu begehen, worauf das Urtheil auf zwei Monate Gefängniß lautete. Die Verhandlung war öffentlich. Was wird nun wohl noch kommen? Wir haben bei den „Majestätsbeleidigungen“ bereits den Dolus eventualis und nun auch das „Bewußtsein.“ Fehlt lediglich noch die Festlegung, daß es schon eine Majestätsbeleidigung sei, wenn

man vom Kaiser und seinen Handlungen schweigt! Wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen. . . .

Die deutsche Industrie in englischer Beleuchtung. Dieser Tage ist in London der Bericht der Kommission erschienen, die zum Studium der technischen Ausbildung im Auftrage der englischen Regierung nach Deutschland gesandt worden war. Der Bericht hebt als charakteristisch für die Entwicklung der deutschen Industrie u. a. den Aufschwung hervor, den die Badische Anilin- und Sodafabrik, das Schuckert'sche Etablissement und die bekannten Mittern'schen Farbendruckwerke in Nürnberg, seit den achtziger Jahren genommen haben. Die Erzeugnisse der letztgenannten Fabrik hätten sich sogar in London und New-York einen Markt erobert. Ebenso habe sich die deutsche Weberei, die große Mengen von Bradford-Garn bezieht, zu einem gefährlichen Konkurrenten der englischen Fabrikanten entwickelt. Die Webstühle, die Deutschland früher ausschließlich in England kaufen mußte, fabrizirt es jetzt selbst. Gegenwärtig neige sich die Situation allerdings insofern zu Ungunsten Deutschlands, als in den einzelnen Ländern, die deutsche Artikel konsumirten, selbst Industrien entstanden seien, so zum Beispiel in Rußland. Auch würde die deutsche Industrie jetzt durch „die gestiegenen Forderungen der Arbeiter gehemmt.“ England könne sich jedenfalls an der Vorbildung der deutschen Arbeiter ein Beispiel nehmen. Die erste Vorbedingung für eine erfolgreiche Bekämpfung der deutschen Konkurrenz sei für England, die technische Ausbildung durch Nachbarmachung der Fortschritte der Wissenschaft zu ergänzen.

Der Aufschwung der deutschen Großindustrie wird hier von der Konkurrenz bezweigt. Die „gestiegenen Forderungen“ der Arbeiter sind also mehr als gerechtfertigt, und sie „hemmen“ nicht, sie fördern durch das Anwachsen der Kaufkraft der Masse den Aufschwung.

Die Lehrer scheint man in Sachsen als Untergebene der Geistlichen zu betrachten. Die Bittauer Bezirksschullehrer-Inspektion hat eine Verordnung erlassen, die den Lehrern das Grüßen aller Ortsgeistlichen zur Pflicht macht. Auf eingelegte Beschwerde hat das Kultusministerium entschieden, daß es keine Veranlassung habe, den Anordnungen der Bezirksschulinspektion entgegenzutreten. Die Entscheidung ist den Lehrern nur vorgelesen, eine Abschrift ist ihnen aber verweigert worden. Das Verhalten des Kultusministeriums ist um so bemerkenswerther, als die Gültigkeit der Bestimmungen der Bezirksschulinspektoren auf gesetzliche Bestimmungen zu stützen nirgends versucht worden ist. Sie beruht lediglich auf persönlichen Ansichten. — Wenn nun der Lehrer dennoch nicht grüßt? Darf ihn dann vielleicht der Herr Pastor die Mühe vielleicht vom Kopfe schlagen? Sachsen thut sich immer soviel zu gut auf den hohen Stand seines Schulwesens, nach diesem Vorgange zu schließen, scheint man in Sachsen der Schule immer mehr auf den Standpunkt der ostelbischen Junker hinunterzusinken.

Die Ausbeutung der Glendesten. Seit mehreren Jahren besteht eine Massenauswanderung aus Europa nach Südamerika. Mit allen Mitteln werden die unwissenden Bauern in Polen, Galizien, Rußisch-Polen von gewissenlosen Agenten dorthin gelockt, wie auch irische und italienische Landarbeiter. Es ist fürwahr nicht schwer, diese Glendesten unter Glenden fortzulocken, denn der Spruch: „Schlimmer kann's nicht mehr werden!“ ist bei ihnen im buchstäblichen Sinne zutreffend. So wandern denn Millionen aus (aus Italien allein waren es in der Zeit von 1877—1894 — 727 000, die Gesamtzahl läßt sich schwer ermitteln), um von den Agenten bis aufs Blut ausgefogen und dann wie Sklaven von den Unternehmern des sich so schön entwickelnden neuen gelobten Landes des Kapitalismus behandelt zu werden. Eine Schilderung der Lage dieser Auswanderer, welche jedenfalls nicht übertrieben sein dürfte, weil sie dem offiziellen brasilianischen Regierungsorgan „O Piaç“ entnommen ist, bringt die in Wien erscheinende „Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik“: Auf der Landungsinself, welche man von der Hauptstadt Rio de Janeiro in 50 Minuten Fahrzeit erreicht, werden sämtliche aus Oesterreich kommende Auswanderer ausgefogen, d. h. einstufteln dorthin untergebracht. Das Auswanderungsbureau besitz wohl drei kleine Dampfer, doch sind alle von alter Konstruktion und total seuntüchtig, so daß die Regierung sich veranlaßt sah, die Einwanderungsgesellschaften zum Aufnehmen eines Privatdampfers zu zwingen. Auf der Einwandererinsel ist das Trinkwasser in so geringen Quantitäten vorhanden, daß dieselbe in bestimmten

festen Lande zugeführt werden muß; in diesen Booten aber, welche fast gar nicht gereinigt werden, steht das Wasser oft zwei bis drei Tage in der Sonnenglut und vermischte sich außerdem mit dem Salzwasser des Meeres. Jeder Emigrant, der bis jetzt davon genossen hat, bekam stets den Durchfall. Alle Einwanderer waschen ihre Wäsche, Kleidung u. s. w. bis zur Weiterfahrt am Inselufer im Meere, so daß durch das Salzwasser das Gewaschene ebenso wie der Körper gerade so schmutzig bleibt wie früher. Die Einwanderer sind gewöhnlich weit über 1000 Personen in großen Schlafräumen eines großen Gebäudes untergebracht, die keine Fenster, sondern lediglich nur Türen besitzen, und in welchen Räumlichkeiten dieselben dicht nebeneinander auf ihren in Bündeln zusammengelagerten letzten Habseligkeiten ruhen. Alles ist bunt durcheinander: Alte, Junge, Verheiratete, Ledige, Kinder und Greise, Männer und Weiber — alles in starrendem Schmutz. Im Falle eines Feuers müßten die meisten von ihnen ein Opfer der Flammen werden. Rings um das Wohngebäude herrscht ein unerträglicher Geruch nach menschlichen Sekreten. In der Küche sind acht Köche beschäftigt, an denen der Schmutz geradezu herabtriefet und von denen die Speisen gänzlich ungewaschen in den großen Kochkessel geworfen werden. In der Abtheilung für Kranke liegen die Patienten auf elenden Bettgestellen mit Lumpen und Habern zugedeckt. Von einer reinen oder Krankenwäsche überhaupt ist gar nichts zu bemerken. In der Abtheilung für kranke Kinder liegen gewöhnlich zwei bis drei in einem Bette zusammen. Die gestorbenen Kinder liegen noch lange unter den Lebenden. Krankenwärterinnen giebt es gar nicht, sondern die Kinder müssen von ihren Müttern gepflegt werden. Da aber auf der Kinderabtheilung beinahe alle Kinder starben, verheimlichten die Mütter die Krankheit ihrer Kinder und tragen oft die Sterbenden an der Brust. Fast täglich findet man bei der Durchsicht der Schlafräume vier bis fünf in Fetzen eingehüllte Kinder liegen, welche in alte Kartoffelkörbe gestopft und dann begraben werden. Es herrscht da, kurz gesagt, das größte Auswandererelend.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 25. Januar.

161. Sitzung.

Präsident v. Suol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Bundesratsstische: von Bütticher. Die Verathung der Novelle zum Unfallversicherungsgezet wird fortgesetzt.

Grillenberger (SD): Herr Bötticher scheint hier wieder nicht anwesend zu sein. Indessen, wir haben ja Herrn v. Bütticher hier, einen Mann, der Bittes, beinahe Alles kann. (Heiterkeit.) Von gegnerischer Seite ist uns Sozialdemokraten immer vorgeworfen worden, wir hätten keinen Antheil an der Versicherungsgezetgebung. Wir haben gegen das Gezet gestimmt, aber vollständig unwarhaft ist die Behauptung, wir hätten nicht mitgearbeitet. Es giebt wohl keine Materie, wo wir so viel mitgearbeitet haben. Sonst wäre auch diese Gezet gegen die Arbeiter anders ausgefallen. Wir haben Anträge gestellt; nachdem diese abgelehnt sind, konnten wir die Verantwortung für das Zustandekommen der Gezet nicht mehr tragen. Es ist uns vorgeworfen worden, wir hätten mit unserer damaligen Haltung Unzufriedenheit geäußert. Wir brauchen die Unzufriedenheit gar nicht zu jagen, dafür sorgen die anderen Parteien und die Verhältnisse. Wir brauchen nur mit den Fingern darauf zu zeigen. Wären die Verhältnisse zufriedenstellend, alles Hezen würde nichts nützen. Aber Sie sehen, wie wenig Zufriedenheit das Unfallversicherungsgezet zu erregen geeignet war. Sie haben es selbst einsehen müssen, daß es so nicht weiter gehen konnte. Man hat uns vorgeworfen, wir gönnten es dem Deutschen Reiche nicht, daß es in der Sozialpolitik vorangehe. Mit dem Vorangehen ist es nicht so schlimm. Erst 14 Jahre nach Gründung des Reiches trat das Unfallversicherungsgezet in Kraft; 1874 wurde noch das Haftpflichtgezet erlassen. Damals schon hätte man den Weg der Versicherungsgezetgebung beschreiten sollen. Damals war auch noch Geld da von den französischen Milliarden hätte man eine Milliarde davon genommen, es wäre ein Grundfond gewesen. Die Arbeiter hätten das schon verlangen können, ohne unbedenklich zu sein. Demu sie sind es ja gewesen, die das Menschenmaterial zu den kriegerischen Erfolgen geliefert haben. Das Geld ist aber zu Dotationen anderer Leute verwendet worden. Die vorliegende Novelle erfüllt unsere Wünsche nicht. Wir sind der Ueberzeugung, man wird zu der Zusammenlegung sämtlicher Versicherungsgezet kommen müssen. Wir werden nicht aufhören, darauf hinzuwirken, gehen dem Grundjage: Steter Tropfen höhlt den Stein. Wir verlangen eine zentrale Reichsversicherungsanstalt, ähnlich geledert, wie die territoriale Gliederung beim Invaliditätsgesetz, nur anders zusammengeleitet. Köstke, der eine Gliederung der Berufsgenossenschaften vorgekommen hat, bemerkte ich, daß wir nicht vom Gedanken der territorialen Gliederung abgegangen sind. Wir sind Gegner der Berufsgenossenschaften, weil sie mit Ausschluß der Arbeiter verwaltet werden und weil die Arbeitgeber darin Richter in eigener Sache sind, also so zu sagen der Koch zum Gärtner gezeht ist. Man hat das wohl auch beim Invaliditätsgesetz schon eingesehen, denn sonst hätte man es wohl an die Unfallversicherung angegliedert. — Was jetzt gemacht worden ist, ist unferdig. Man hat sich damit begnügt, mehr oder weniger traffe Mängel abzujellen. Die in den Notizen behauptete Zweckmäßigkeit ist nur für die Unternehmerklasse und nicht für die Arbeiter vorhanden. Die eigentlichen Interessen haben da wenig Nutzen. Die Unternehmer brühten sich zwar mit den großen freiwillig übernommenen Lasten; aber sie sind doch nach Gezet und Recht für den Schaden in ihrem Betriebe haftbar. Die Unfallversicherung versichert sie nur gegen alle großen Schaden. Das Gezet über die 64 Millionen Beiträge hat gar keine innerliche Berechtigung. Die Beiträge sind Geschäftsanteilen gleich denen, die durch zerbrochene Maschinen oder durch gefallene Pferde u. s. w. verursacht werden. Die Herren werden besser thun, in Zukunft nicht mehr so zu prahlen, denn sie nehmen das Geld doch auch nicht aus Großvaters Schatulle, sondern aus den Betriebsverhältnissen. Die Millionen müssen von den Arbeitern doch erst geschafft werden. Daß die Arbeiter zu den Kosten nichts beitragen, ist ja überdies total unrichtig. Ich erinnere zunächst nur an den Antheil der Krankenkassen am Unfallversicherungsgezet, ganz abgesehen von den Beiträgen zu den Berufsgenossenschaften. — Trotzdem werden wir an die Verathung der Vorlage ganz vorurtheilsfrei herantreten. Wir erkennen an, daß die Novelle Verbesserungen enthält, wir werden ihnen aber auch sagen, was wir noch für Verbesserungen wollen und werden Sie auf die Verschlechterungen aufmerksam machen, für die wir keinesfalls stimmen werden. Die wichtigste Verbesserung ist die Ausdehnung der Versicherung, wir bedauern dabei nur die Nichtbeziehung des Hand-

werks und der Hausindustrie. Der Einfluß gewisser künstlerischer Kreise, die die Lasten nicht tragen zu können glauben und von denen die Regierung sich hat breit schlagen lassen, mag Schuld daran sein. Zu den Arbeiterkreisen wünscht man auch jetzt noch die Versicherung gegen Unfall in Handwerksbetrieben. Ich habe selbst lange Jahre in handwerksmäßigen Betrieben gearbeitet und weiß, daß die Unfallgefahr hier nur wenig hinter der Gefahr in Fabrikbetrieben zurücksteht. Das Fassen von der Leiter, die Verleugern mit Hammer, Säge und Meißel führen zwar meist nur kleinere Unfälle herbei, gegen die aber die Versicherung ebenso an gebracht ist, wie gegen größere Unfälle. Wir bedauern auch, daß die Dienstboten nicht in den Kreis der Versicherten einbegriffen sind. Die Versicherung gilt zwar nach der Novelle auch für solche Personen, die in einem Betriebe versichert sind, aber in einem Nebenbetriebe, z. B. der Hausarbeit, verunglücken, aber nicht umgekehrt für Hausarbeiter, die als Nebenbeschäftigung zeitweise einmal in einem versicherungspflichtigen Betriebe arbeiten. Im bairischen Reichsstatte ist schon 1893 ein solcher Fall, wo die Versicherung abgelehnt wurde, zur Sprache gebracht worden. Auch wir ist letzthin ein Fall bekannt geworden, wo ein Tagelöhner auf einem Gutshofe beim Holzholen einen Unfall erlitt und keine Entschädigung erhielt, weil er für gewöhnlich nur Hausarbeit verrichtete und nur anscheinungsweise im landwirtschaftlichen Betriebe seines Arbeitgebers beschäftigt worden war. Ein besonders drastischer Fall ist folgender. Ein Bauer steigt auf den Kirschbaum, um Kirsch zu pflücken. Die Wänerin ruft ihm zu, er solle heruntersteigen und eine häusliche Arbeit verrichten. Beim Heruntersteigen verunglückt er und kommt zu Tode. Die Hinterbliebenen erhalten keine Entschädigung, weil das Ginttersteigen nicht als in versicherungspflichtigen Betriebe gesehen betrachtet wird. Sie ersehen aus diesem Erkennnisse, welche Statistik hier angewandt wird. Um solche Vorkommnisse zu verhüten, ist es das Sicherste, unsere Vorschläge zu folgen. Wir sind ferner der Meinung, daß sämtliche Handzangestellungen in den Kreis der Versicherungspflichtigen einzubeziehen sind. In der Kommission werden wir das näher begründen. Auch die Kassenboten, die zur Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung gehören, also als Lohnarbeiter betrachtet werden, gehören in die Unfallversicherung hinein. Unleugbar ist auch ihr Beruf mit mannigfachen Fähigkeiten verknüpft. Unfreiwillig müssen auch die im Reichstagsbetriebe befindlichen Boten, unsere Boten, die die Druckdrucken austragen, in die Unfallversicherung einbezogen werden. Die Einbeziehung aller dieser Kategorien von Arbeitern werden wir in der Kommission beantragen. Hierzu gehört auch die Einbeziehung der Bienenwäcker und Bienenwäcker in die Versicherung. Wir wollen die Vorlage ferner in dem Sinne verbessert sehen, daß sofort nach Abschluß des Heilverfahrens die Berufsgenossenschaft mit der vollen Rente einzutreten hat und nicht, wie die Vorlage vorsieht, bis zum Ablauf der Karenzzeit lediglich das Krankengeld fortzuzahlen hat. Die jetzige Zusammenlegung der Schiedsgerichte erfüllt die Arbeiter mit Mißtrauen, das sich nicht allein gegen die Unternehmervertreter, sondern auch gegen manche Angehörige ihrer eigenen Klasse richtet. Das liegt an dem veralteten Wahlverfahren. Nicht die Krankenkassen selber üben es aus, sondern die Vorstände der Krankenkassen, und zwar nicht aller Krankenkassen, sondern nur der Zwangskassen. Man weiß, wie die Vorstände bei den landwirtschaftlichen Betriebskassen zusammengeleitet werden, wie abhängig sie vom Unternehmer sind. Man sollen diese unglücklichen Menschenkinder im Schiedsgericht Recht sprechen. Wie oft habe ich Schiedsgerichten beigewohnt, wo diese Männer nicht den Mund aufzumachen wagten. Wenn dies gerechtfertigte Mißtrauen der Arbeiter gegen die Schiedsgerichte verschwinden soll, so müssen Sie für eine andere Zusammenlegung der Schiedsgerichte sorgen. Das Wahlverfahren bei den Gewerbsgerichten ist ja wahrhaftig nicht revolutionär, aber seine Einschränkungen bei den Schiedsgerichten wäre ein Fortschritt. Alle Mitglieder derjenigen Krankenkassen, die die gesetzliche Leistung gewähren, sollten wahlberechtigt sein. Wir werden in der Kommission diesbezügliche Anträge stellen, und hoffen, daß Sie mit ihnen nicht so wie 1883 und 1884 verfahren werden. Wenn wir damals mit Nein stimmten, so lag das an der ängstlichen Sorgfalt, mit der damals alle Parteien den Einfluß der Arbeiter im Gezet möglichst einzuschränken suchten. Jetzt können gerade die Herren, die sich zu größerer Arbeiterfreundlichkeit entwickelt haben, darauf hinwirken, daß den Arbeitern ein größerer Einfluß bei der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten eingeräumt werde. Das Verfahren über die Bemessung der Renten muß beschleunigt werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Verschleppung der Entscheidung vermieden wird, die jetzt eintritt, wenn nicht die richtige Berufsgenossenschaft angetreten wird. Jetzt kann der Verletzte, wenn er sich nicht an die richtige Berufsgenossenschaft wendet, jahrelang warten, bis er zu seinem Rechte kommt. Die Berufsgenossenschaften sollten das unter sich ausmachen. Hingru tritt die Verschleppung, die durch alle große Gründlichkeit der Berufsgenossenschaften bewirkt wird. Eine bestimmte Frist, die nicht überschritten werden darf, muß festgezet werden, innerhalb welcher die Berufsgenossenschaft einen Bescheid auszuhandigen hat. Auch hierüber werden wir in der Kommission bestimmte Anträge stellen. Herr Köstke wundert sich, daß wir die Bemessung der Vollrente auf $\frac{2}{3}$ des Arbeitsverdienstes einen Lohn auf die Gerechtigkeit und den gesunden Menschenverstand nennen. Er verwies auf das Haftpflichtgezet, das nur vom Unternehmer verschuldete Unfälle entschädigt hätte; das ist doch keine ernsthafte Begründung. Warum soll der Arbeiter, der durch Schuld des Unternehmers verunglückt, dafür büßen, daß es Arbeiter giebt, die sich einen Unfall durch Nachlässigkeit zuschieben? Warum soll dieser Arbeiter nicht als Rente seinen vollen Arbeitsverdienst erhalten? Jetzt wird der Arbeiter für die Gewissenhaftigkeit des Unternehmers durch den Verlust eines Drittels seines Einkommens bestraft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich würde es noch verstehen, wenn die Arbeiter bei notariell festgesetzten Unfällen nur $\frac{2}{3}$ ihres Einkommens als Rente bezögen. Herr Köstke hat darauf hingewiesen, daß die Arbeiter bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit außer ihrem vollen Lohn noch die kleine Rente erhielten. Das sind doch aber nur Ausnahmefälle. In den Staatsbetrieben wird der Lohn stets mit die Rente gezöht. Die Theilrente dürfte nicht aus der Vollrente von zwei Drittel des wirklichen Arbeitsverdienstes, sondern von dem ganzen Arbeitsverdienst berechnet werden. In den Berliner Elektrizitäts-Werken wurde ein verletzter Arbeiter dadurch auf's Eis gelockt, daß man ihn fragte, ob er eine Verwalterstelle annehmen könne und wolle, und nachher denunziert, er sei arbeitsfähig. Ich habe seinerzeit darauf hingewiesen, vor Allem in Bezug auf die Privatversicherungen, daß es ungerecht wäre, aus dem Unglück seiner Mitmenschen Profit zu ziehen, wie es manche Gesellschaften thäten. Damals wurde von allen Seiten versichert, dem solle gerade die Unfallversicherung abhelfen. Das ganze Verjahren der Berufsgenossenschaften ist aber, möglichst viel profitieren auf Kosten der verunglückten Arbeiter. Ein Arbeiter, dem im Staatsbahnbetriebe das rechte Bein abgehauen worden war — dergleichen pflegt auch auf Staatsbahnen nicht nachzuwachsen — erhielt zuerst die Vollrente, dann eine monatliche Rente von 30 Mk. bis heute; der Mann wäre jetzt Stationsmeister mit einem Gehalt von 140 Mk. monatlich; was er dagegen jetzt mit der Rente zusammen verdient beträgt 80—90 Mk. monatlich. Es laufen aber fortwährend Beamte der Berufsgenossenschaft zum Arbeitgeber und fragen, ob der Mann nicht mehr verdient, nur um ihm die Rente zu kürzen. Solche Dinge kommen leider, leider sehr häufig vor, und da redet man immer von der großen Humanität, die entfaltete werde. Einem jährlichen Arbeiter wurde die Rente, die er bezog, nach einiger Zeit gekürzt mit der alleinigen Motivierung, daß nach so langer Zeit die Folgen eines Unfalles, wie des von ihm erlittenen, nicht mehr vorhanden zu sein „pflegen“. Die Unterjahrung durch die sogenannten Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften ist oft skandalös. Die Vertrauensärzte sind nicht Ärzte im gewöhnlichen Sinne, sondern Beamte der Berufsgenossenschaften;

deren Interesse halten sie sich in erster Linie zu wahren verpflichtet. Es dürften als Vertrauensärzte nur solche Personen angestellt werden, mit denen die Krankenkassen einverstanden sind, oder es müßte ein besonderes Institut von Amtsärzten geschaffen werden für diese Zwecke, und nicht der erste beste Arzt sollte Vertrauensarzt werden, der sich durch Gefügigkeit gegen die Berufsgenossenschaft eine gute Privatpraxis erringen will. Hier ist ein Punkt, wo ein dringendes Reformbedürfnis vorliegt. Mir ist in meiner langen Erfahrung nicht ein einziger Fall vorgekommen, daß seitens einer Berufsgenossenschaft freiwillig die Verschlimmerung des Zustandes eines Rentenberechtigten anerkannt worden wäre, die zur Erhöhung der Rente geführt hätte. (Abg. Köstke ruf: Alle Tage!) Herr Köstke wünschte, daß ich das vorbringen würde, er hat aber keinen einzigen Fall dieser Art in seiner Rede nennig angeführt, jetzt aber ruf er mir zu: Alle Tage. Redner führt dann noch eine Reihe von Fällen oberflächlicher Untersuchungen von Vertrauensärzten vor. Eng verbandt mit dem Institut der Vertrauensärzte ist das Institut der medico-mechanischen Heilanstalten, der sogenannten Rentenanstalten. Diese Anstalten sollen bei schlecht geheilten Verletzungen eintreten und das Heilverfahren des 1. Arztes ergänzen, wenn keine bessere Heilung erzielt ist. Ich sprach davon, daß es Arbeiter giebt, die eine grundsätzliche Abneigung gegen das Heilverfahren in solchen medico-mechanischen Anstalten haben, während diese Anstalten von wohlhabenden Personen aufgesucht werden. Sie wissen vielleicht, daß unser Kollege v. Kollmar eine solche medico-mechanische Anstalt aufgesucht hat und dort große Schmerzen erdulden mußte, um sein Bein wieder in Ordnung zu bringen. Aber es ist etwas Anderes, ob man freiwillig und unter Aufwendung erheblicher Kosten eine solche Anstalt aufsucht oder ob ein Arbeiter gegenwärtigermaßen dortin gebracht, wo er, wie Herr Köstke gesagt hat, gut und schnell, wie er aber hinzuzufügen ver-gessen hat, auch billig geheilt werden soll. (Heiterkeit.) Ich kenne aus Berlin einen Fall, wo man einen Arbeiter 3 Jahre lang aus einer Heilanstalt in die andere geschleppt hat. Er war drei Mal in der Charite und ein paar Mal in Rahnsdorf, und merkwürdigerweise erklärte man ihn in der Charite immer für erwerbsunfähig und in Rahnsdorf immer für ganz gesund. Wir werden in der Kommission den Antrag stellen, daß solche Heilverfahren nur in Krankenhäusern vorgenommen werden dürfen, die vom Staat oder einer Kommune geleitet werden, nicht in Privat-anstalten, und daß der Arbeiter in keinem Falle wider seinen Willen in eine solche Privatanstalt gebracht werden darf. Die Ärzte in solchen Anstalten stehen fast alle auf dem Niveau der sogenannten Vertrauens- und Fabrikärzte. Auf einem Kongresse in Budapest hat eine Autorität in hygienischen Dingen erklärt, es haben sich alle Vertrauens- und Fabrikärzte geweigert, einen Vortrag über die hygienische notwendige Verkürzung der Arbeitszeit zu halten, weil sie sich fürchteten, es könnte ihren Brodgebren unangenehm sein. Wir fordern, daß die Reduktion der Rentenfestsetzung durch die Schiedsgerichte nicht durch die Versicherungskassen selber angeprochen werden. Die Berufsgenossenschaften sollen vom Tage der Verlesung an zahlen und die Karenzzeit von 13 Wochen ganz wegfällen. Ich freue mich, hier mit dem Abg. Köstke zusammenzutreffen, dessen Liebe zu den Berufsgenossenschaften ich nicht theilen kann. Die Berufsgenossenschaften pflegen jeder Rentenforderung zu widersprechen, wir müssen deshalb auf eine möglichst gute Zusammenlegung der Schiedsgerichte dringen. Die in der Novelle vorgeschlagene Zusammenlegung sehen wir ebenso für eine Verschlechterung an, wie die Besetzung der Spruchkammern des Reichsversicherungsamts mit weniger Personen. Weniger wie fünf Personen dürfen weder die Schiedsgerichte noch die Spruchkammern des Reichsversicherungsamts als Richter haben. In allen Fällen muß auch der Refus bis an's Reichsversicherungsamt geflattet sein. Es genügt nicht, daß es für einen Theil der Fälle nur Revisionsinstanz ist. Wir wollen das Reichsversicherungsamt nicht herabwürdigen. Lieber soll der Personalbestand des Reichsversicherungsamts vermehrt werden, wenn dieses überlastet ist. Die Ueberlastung geben wir zu, überlastet wird besonders dadurch, daß die Berufsgenossenschaften bei fast jedem Rentenanspruch seine Entscheidung anrufen. Aber es wäre ganz verkehrt, aufstelt ein paar 100,000 Mark aufzuwenden, nur das Reichsversicherungsamt einzuschränken. Herr Köstke meinte, die hohen Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften seien ein Märchen aus alten Zeiten. Leider sind sie kein Märchen, sie sind noch immer sehr hoch und besonders muß der Schwindel gebrandmarkt werden, der mit der Entschädigung für Zeitverlust bei der sogenannten handwerklichen Thätigkeit getrieben wird. Es werden hier Entschädigungen von Mk. 10,000 bis Mk. 15,000 pro Jahr liquidirt. Da muß doch die Frage der Erwerbsmöglichkeit in ganz anderem Lichte erscheinen und wir werden sie im Hinblick auf diese Direktorengehälter energisch geltend machen. (Bravo! links.) Wir wollen also die Novelle objektiv prüfen, wir wissen recht gut, daß die Arbeiter in der heutigen Gesellschaft doch auf längere Zeit dagegen geschützt werden müssen, daß sie von den Unternehmern gar zu sehr über's Ohr gehauen werden. Wir werden Anträge stellen, um diese Gezet so gut wie möglich zu gestalten. Sollten diese aber abgelehnt werden, so werden wir auf die Gefahr hin, von den Herren von Bütticher und von Stumm mit ihrem ganzen Zorn bedacht zu werden, gegen die Novelle stimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bütticher: Ich kann mich länger fassen als der Vorredner, denn die Erörterung von Einzelheiten gehört in die Kommission oder in die zweite Lesung. Doch darf ich einzelne Punkte des Vorredners nicht unerwidert lassen. An Wohlwollen für die arbeitenden Klassen, m. H., lassen wir uns vom dem Vorredner nicht übertreffen (Sehr richtig! rechts. Auf: links: Hamburg!), und wie die Regierung, so bleibt auch keine Partei hinter den Sozialdemokraten zurück, wenn es sich darum handelt, die bessernde Hand an die Verhältnisse der arbeitenden Klassen anzulegen. (Lachen links, Auf: Wenn es Herr von Stumm erlaubt!) Wie verhält es sich denn bei der Gesamtbelastung, die unsere sozialpolitische Gezetgebung der Nation auferlegt hat, mit dem Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitern? Nach einer Zusammenstellung, die ich veranlaßt habe, sind von 1885—1895 an 25 Mill. Personen 1243 Mill. Mark Entschädigungen gezöht worden auf Grund der Versicherungsgezetze. Die Arbeitgeber haben 969 Millionen Beiträge angebracht, die Arbeiter 887 Mill., daraus ergeben Sie also die Mehrbelastung der Arbeitgeber, den Vorteil der Arbeiter. Die Arbeitgeber rühmen sich dessen nicht besonders (Auf: links: Na, na!), sie haben sich der gesetzlichen Pflicht unterzogen im Bewußtsein, daß das notwendig sei zum allgemeinen Wohle. (Auf: links: Sie können sich das eripaven! Abgepräsent Sch midt bittet, die Störungen zu unterlassen.) Der Vorredner spricht ferner von den Einrichtungen der Berufsgenossenschaften, die er Rentenanstalten nennt. Nach meinen Wahrnehmungen und denen des Reichsversicherungsamtes ist die Thätigkeit der Berufsgenossenschaften eine durchaus geübliche und dem Zweck der Versicherungsgezetgebung förderliche gewesen, und das war wesentlich der Grund, weshalb die Regierungen dem Gedanken, an ihre Stelle eine andere Organisation zu setzen, nicht gefolgt sind. Ich kenne einzelne solcher Anstalten, die der Vorredner Rentenanstalten nennt, aus eigener Anschauung, es ist da in keiner Richtung eine begründete Beschwerde zu erheben. Die erhobenen Anklagen haben Veranlassung gegeben, der Sache näher zu treten. Ich weiß es wohl, daß es hier und da den verletzten Arbeitern recht unangenehm ist, sich der dort verordneten Kur zu unterziehen. Aber diese Anstalten wirken unzweifelhaft gegenwärtig. Gerade bei der Alt-Rahnsdorfer Anstalt hat das eine Revision außer allem Zweifel gestellt. Die Klagen sind zum Theil auf frivole Auffassungen der Patienten zurückzuführen. Nertzliche Behandlung, Kesselpfegung, Hausordnung, Einrichtungen wurden durch aus in besser Ordnung vorgefunden. Die Nachfrage bei einzelnen Patienten ergab nur zufriedenerstellende Aeußerungen, nachher aber ging einer von den Patienten zum Gezarzt und sagte ihm: Nehmen Sie mich in Schutz, man will mich verhaßen, weil ich

mich zufrieden geäußert habe. (Hört, hört!) Meine Herren, Engel sind Ihre Leute auch nicht alle. (Unruhe bei den Sozialdem.) Denken Sie daran, daß auch vor eigener Thür zu stehen mitunter nicht gerathen ist. (Bravo!) Die Unfallversicherung soll nach der Auffassung des Herrn Vorredners keine Wohlthat für den Arbeiter sein, sondern eine Maßregel, die lediglich im Interesse der Unternehmer getroffen ist. Wenn die Unternehmer weiter nichts gewollt hätten, und der Gesetzgeber dem Lande weiter nichts gewollt hätte, als ihnen für die Schäden in ihrem Betriebe Ersatz schaffen, — das hätte man kürzer und einfacher haben können. Vergleicht man das, was mittelst der Haftpflicht mit Noth und Mühe, Sorgen und Kummer von dem einzelnen Arbeiter dem Unternehmer abgepreßt wurde, mit dem jetzigen Zustand, dann zweifelt Niemand, daß wir jetzt erst auch für den Arbeiter gesicherte und würdige Zustände erhalten haben. Welches Motiv die Sozialdemokraten gehabt haben mögen, gegen die Versicherung zu stimmen, ob dem Deutschen Reich nicht der Vortritt zu lassen, oder um die Unzufriedenheit nicht zu mindern, das Heile ist anheim. Sie hätten aber auch von Ihrem Standpunkte aus dafür stimmen müssen. Die Gesetze haben den deutlichen Arbeiter in seinen Lebensbedingungen besser gestellt, als er bisher gestanden hat. Sie hätten die Besserung ablehnen müssen, auch wenn Sie sie als unzulänglich ansehen. Was wäre wohl geschehen, wenn die Versicherungsgehalte nicht die Majorität gehabt hätten? Wie würden dann die alten Zustände gehabt haben; das wäre vielleicht Wasser auf Ihre Mühle gewesen. Sie hätten dann vielleicht mit größerem Recht behaupten können: Für den deutschen Arbeiter geschieht nichts. Wenn Sie aber wirklich die bessernde Hand anlegen wollten (Unruhe links), so müssen Sie für die Versicherung eintreten. Ein unbeflegtes Butterbrod ist besser als gar keines. Auf Einzelheiten der Rede Grillenbergers gehe ich nicht ein. Ich freue mich, daß er mit Verbesserungsvorschlägen an das Gesetz herantreten will; sie werden in der Kommission geprüft werden. Die Kritik, welche er an dem Schiedsgerichte geübt hat, ist unredlich. Das Reichsversicherungsamt hat in seinen Berichten immer hervorgehoben, daß die Schiedsgerichte das Vertrauen der Arbeiter genießen. Zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Reichsversicherungsamt solle nicht Alles in Ordnung sein, behauptete Abg. Köstke. Wir ist von solchen Kollisionen nichts bekannt, ich weiß nur, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsversicherungsamt und dem Reichsamt des Innern darüber entstanden sind, welche Stellung die beiden Behörden zu einander einzunehmen hätten. Alles, was darüber hinaus in den Zeitungen erzählt wird, ist Legende. Das Reichsversicherungsamt war ein neuer Organismus; es steht unter der Leitung eines tüchtigen, gewissenhaften Beamten. Nur dem Uebertreten des Amtes in die Sphären anderer Verwaltungen mußte entgegengetreten werden. Jetzt hat eine Entscheidung des Reichsstaatsanwalts die Sphären des Einflusses geregelt. Hierdurch steht die sachliche Entwicklung auf die innere Thätigkeit dieser Behörde zu. Damit ist die Stellung der beiden Behörden zu einander festgestellt. Ich habe nicht das Bedürfnis nach Nachterweiterung. Mein Arbeitspensum ist sehr groß. Deshalb bin ich nicht dagegen, wenn man dem Reichsversicherungsamt eine selbstständigere Stellung einräumen wollte. Aber staatsrechtliche Bedenken und die Haltung der verschiedenen Regierungen lassen es ausgeschlossen erscheinen, daß diese Selbstständigkeit des Reichsversicherungsamtes sich in absehbarer Zeit vollzieht. — An der vorliegenden Novelle ist das Reichsversicherungsamt beteiligt; drei sachverständige Räte aus seiner Mitte standen aus zur Seite. Es ist nicht die Absicht der Novelle, das Reichsversicherungsamt, dessen Thätigkeit ich hochschätze, herabzudrücken. Es kann davon nicht die Rede sein. Das Reichsversicherungsamt ist eine überaus besetzte Behörde, es erkennt das Bedürfnis, entlastet zu werden, selber an. Wir mußten deshalb bei denjenigen Zweigen der Thätigkeit des Amtes einsehen, die vorzugsweise eine Entlastung notwendig hatten. Uebrigens wäre der Bundesrath zu einer Veränderung des beanstandeten § 46 zu haben. Die Rekursfälle haben sich außerordentlich vermehrt; der Bundesrath glaubt deshalb, die Fälle, in denen ein Rekurs gegen eine schiedsgerichtliche Entscheidung eingelegt werden darf, beschränken zu müssen. Der Bundesrath hat sich dabei an die Vorschriften über die Revision im Alters- und Invaliditätsgesetz gehalten, die nach dem Gutachten des Reichsversicherungsamtes sich durchaus bewährt haben. Für die Befreiung von Thatsachen sind die Schiedsgerichte besser geeignet, als ein anderes Richterkollegium. Nur dadurch konnte das Reichsversicherungsamt wirklich entlastet werden. Den Schiedsgerichten wird demnach die Feststellung und Beurtheilung von Thatsachen überlassen, die Entscheidung über Beschwerden gegen Strafverfügungen der Gewerkschaftsvorstände soll auf die Bundesbehörden übergehen. — Ich bestreite also nochmals, daß an irgend einer Stelle die Absicht besteht, das Reichsversicherungsamt herabzudrücken. Man hat ferner eine Bestimmung bemängelt, wonach in bestimmten Fällen dem Antragsteller die Kosten des Rekurses aufgelegt werden können. Die Kostenfreiheit soll im Allgemeinen bestehen bleiben, die Bestimmung hat nur den Zweck, frivole Anträge zu verbieten. Die Unfallversicherung ist ein soziales Werk von eminentester Bedeutung, dienend zum Frieden der arbeitenden Klassen. In meiner Besprechung haben sich alle Parteien bereit erklärt, in der Kommission an der vorliegenden Novelle mitzuarbeiten. Ich hoffe auf gutes Gelingen. (Bravo!)

(Schluß folgt.)

Lübeck und Nachbargebiete.

26. Januar.

Achtung! Metallarbeiter! Der Zuzug von Schlossern, Schmieden, Drehern, Klempnern, Verzinnern, Brennern und sonstigen Hilfsarbeitern nach dem Emailirwerk von Carl Thiel u. Söhne ist streng fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Das Streikomitee ersucht, bei Zeichnung von Geldern für die streikenden Arbeiter von Thiel u. Söhne nur auf solche Sammelstellen zu zeichnen, welche vom Lübecker Gewerkschaftskartell herausgegeben und mit dem Kartellstempel versehen sind.

Man „schärfte“ weiter. Das Amtsblatt bringt aus Anlaß der Beurtheilung der Genossen Schweizer und Friedrich nachstehenden Erguß:

Wird die Sozialdemokratie Lübecks nun der Wahrheit die Ehre geben?

Schlag auf Schlag jauch auf das Haupt derjenigen Partei nieder, welche seit Gründung eines eigenen Blattes das Recht zu haben glaubte, ungestraft Dinge sagen zu dürfen, welche des Deftener mit Recht und Gesetz, mit der Würde des Menschen in Widerspruch standen.

Am Sonnabend ist nun der hiesigen sozialdemokratischen Partei aus Lübeck ad oculos demonstret, daß, will sie mit der jetzigen Gesellschaft die Erde gemeinsam bewohnen, sie mit ihr leben muß, das heißt, sich mit ihr nach den bestehenden Gesetzen richten muß.

Sie hat einen schweren Schlag erlitten, der für jede andere Partei im höchsten Grade verderblich werden mußte. Die Parteileitung der Sozialdemokratie ist moralisch vernichtet, wahrscheinlich aber werden auf der Stelle, wo man den Hydra den Kopf abhieb, hundert neue emporkriechen und frech ihr Haupt erheben. Es hat den Anschein, als ob bei der verübten Missethat irgend

welche Vernunftgründe völlig zwecklos vorgebracht werden, denn Alles was geschrieben und gesprochen wird, die Sozialdemokratie hat nur hämische Bemerkungen für jedes Wort der Vernunft — mit ihr ist nicht zu streiten. Nur durch die Strenge des Gesetzes ist dort Vernunft zu erzielen, das beweisen die zahlreichen Verurtheilungen aus Anlaß des Streiks in der Thiel'schen Fabrik. Schon jetzt haben — leider — insgesamt 17 Jahre Gefängniß erkannt werden müssen, und noch immer wird in demselben Ton, wenn auch weniger persönlich, gehässig wie zu Anfang, geschrieben und gesprochen.

Die Verhandlung am Sonnabend war nach mehr als einer Richtung interessant, interessanter als die Verhandlung von vor 8 Tagen. Frei und ohne jede Erregung, nur unter Beibringung etwaigen Altematerials, wurden die Auslagen gegen die auf der Anklagebank Befindlichen abgegeben.

Was ist von allen Behauptungen, mit denen durch viele Wochen die Spalten des Sozialisten-Blattes gefüllt und mit denen die Menge in Erregung gehalten ist, übrig geblieben: Nichts! rein Nichts!

Wohl ist es möglich und entspricht der menschlichen Natur, daß ein weniger gebildeter Mann, durch irgend einen Umstand bedrückt, sich zu einer Beschuldigung seiner Mitmenschen hinreißen läßt. Aber ist es nicht frivol, wenn ein gebildeter Mann, als welcher der Redakteur einer Zeitung doch betrachtet werden sollte, sich zum Verbreiter unbewiesener Anschuldigungen gegen ehrenhafte Männer schuldig macht? — In jeder anderen Lebenslage — wir lassen extra das Wort „Partei“ fort — würde jeder ehrenhafte Mensch, nachdem ihm, wie hier, das Gegenheil von dem bewiesen ist, was er behauptet hat, sagen: „Ich sehe ein, daß ich Unrecht gehandelt, es thut mir leid, die Beschuldigung auszusprechen zu haben.“ — Was wird die Sozialdemokratie thun, als Antwort auf das Ergebniß jener für sie so niederschmetternden Verichtsverhandlung? Wird sie aus Neue Beschuldigungen auf die bürgerl. Gesellschaft ausgießen, oder wird sie schweigend gehen, ja, wir hatten Unrecht? Die Beschuldigungen öffentlich zu berichtigen, trauen wir ihr nicht zu —, dazu haben sie wohl nicht den Muth, sich die Blöße der nach aufreisenden Nebenartien hungernden Menge gegenüber zu geben. Die verurtheilten Parteileiter, von denen ja nur ein Theil die Anklagebank zierte, während ein anderer Theil, weil er die in dem eigenen Blatt erschienenen Versammlungsberichte abtugelte, dieser mit knapper Noth entgangen war, sind mit dem Glorienkranz unschuldig Leidender umgeben worden.

Was aber erwächst der bürgerlichen Gesellschaft aus Neue für eine Lehre aus dieser Verhandlung? — Daß mit dem Anfangs eingeschlagenen Prinzip der Nichtbeachtung der von jener Seite angelegenen Beschuldigungen gebrochen werden muß. Man darf die Leute nicht ruhig gewähren lassen, wie das nun schon viel zu lange geschehen ist. Es muß der Sozialdemokratie auf die Finger gezeigelt werden — auf die Finger geklopft werden.

Nur so kann man hoffen, die vernünftigen Elemente unter den Arbeitern, welche jetzt nur, gezwungen durch den Terrorismus der Parteileiter und der Parteimitglieder, der Sozialdemokratie Gesellschaft leisten, zum Nachdenken zu bringen, nur so kann man hoffen, auch die wankelmüthigen bürgerlichen Elemente, welche jetzt durch Unterwürfungen jener Partei die Zwecke derselben begünstigen, zur Vernunft zu zwingen.

Wir wissen mit wessen Kalbe die „L. A.“ pflügen, wir wissen auch, worauf diese unerhörte Ausschächtung des Prozesses abzielt. Wir verstehen vollkommen die Stimmung, in welcher sich die besitzende Klasse Lübecks befindet, daß sie schon jetzt sich bemüht, zur nächsten Reichstagswahl vorzubereiten. Wir haben deshalb auch keinerlei Ursache, mit dem Amtsblatte zu hadern wegen obiger Auslassungen. Die Herren, resp. der geistreiche Verfasser des obigen Artikels, sehen offenbar nicht ein, daß sie durch derartige Philippiken nur Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie liefern. Wir beschränken uns deshalb darauf, auf einige Details etwas näher einzugehen.

Zunächst wird behauptet, die Parteileitung der Sozialdemokratie sei moralisch vernichtet. Wir korrigiren stillschweigend, die hiesige Parteileitung, die ja selbstverständlich nur gemeint sein kann. Ist denn aber von der hiesigen sozialdemokratischen Parteileitung in dem Prozesse überhaupt die Rede gewesen? Nein, die Verhandlung hat mit voller Klarheit ergeben, daß dieselbe mit dem ganzen Streit überhaupt nichts zu schaffen gehabt hat. Der hiesige Parteischreiber in den „L. A.“ hat — einen so allwissenden Anfrich er sich giebt — von den inneren Verhältnissen der Sozialdemokratie selbstverständlich keine Ahnung. Die „Parteileitung“ ist nicht so empfindlich wie andere Leute, sie verschmüht es, die Behörden um ihrer Person willen mobil zu machen, sie verzichtet auch auf den Anspruch auf das „öffentliche Interesse“, — würde sie aber auf den Bahnen anderer Leute wandeln, so wären, da „ohne Ansehen der Person“ geurtheilt werden muß, dem verantwortlichen Schriftleiter des Amtsblattes einige Monate Marzall sicher. Das Gericht hat befänglich als erwiesen angesehen, daß die Gebr. Thiel nichts gethan haben, um den Streik herbeizuführen. Wir müssen und wollen gerne glauben, daß das die aufrichtige Ueberzeugung der Richter gewesen ist, erklären aber offen, daß — ohne unsere persönliche Ansicht zu äußern — wir rein sachlich urtheilend, lediglich hätten sagen können, daß nicht bewiesen sei, daß die Firma Thiel den Streik heraufbeschworen, daß aber auch nicht bewiesen sei, sie ihn nicht provozirt habe. Denn das Letztere festzustellen, hätte es nicht nur des Nachweises bedurft, wer den Streik denn eigentlich veranlaßt hat, sondern es hätte zum mindesten auch Klarheit darüber verschafft werden müssen, ob überhaupt der Streik von einzelnen Personen in Szene gesetzt ist, oder ob er nicht das Resultat unhaltbarer Zustände war. Hierauf ist die Untersuchung ebenjowenig ausgedehnt worden wie auf die Frage, ob schwarze Listen in die Welt gesandt seien. Beides gehörte ja nicht zur Sache. Bezüglich der Frage: Wer trägt die Schuld? ist „nichts, rein nichts“ klargestellt. Die ganze Verhandlung hat sich um recht nebensächliche Dinge gedreht, auf des Pudels Kern konnte nach der ganzen Form der Anklage nicht eingegangen werden.

Es wird weiter behauptet, ein „Parteileiter“ habe die in dem eigenen Blatte erschienenen Versammlungsberichte abgeleugnet und sei dadurch mit Noth der Anklage entgangen. Wir bitten die Staatsanwaltschaft, diesen Satz recht genau durchzulesen und zu prüfen, ob hierin eine Verlesung des § 17 des Preßgesetzes liegt — was wir bezweifeln — oder auf welchem Wege die „L. A.“ zur

Kenntniß gelangt sind, daß der Genosse Th. Bartels auf Grund eines im „Volksb.“ erschienenen Versammlungsberichtes angeklagt worden ist und daß er in der Voruntersuchung bestritten hat, daß ein Theil seiner Aeußerungen die im „Volksb.“ gewählte Form gehabt habe, sowie daß das Verfahren eingestellt sei, wovon dem Genossen Bartels noch nichts bekannt ist. Wir können doch nicht annehmen, daß die „L. A.“ sich diese Bemerkungen aus den Fingern geledert haben, wir wissen aber auch bestimmt, daß der Genosse Bartels den „L. A.“ über seine Vernehmung keinen Bericht erstattet hat. Woher diese Wissenschaft? Vielleicht ist die Staatsanwaltschaft in der angenehmen Lage, uns über den Zusammenhang aufklären zu können.

Im Uebrigen haben wir dem Artikel der „L. A.“ nichts hinzuzufügen, wir nehmen ihn als gutes Agitationsmittel für unsere Sache dankend entgegen.

Unfälle auf dem Thiel'schen Emailirwerk. Laut Aussage des Sekretärs der Berufsgenossenschaft der Eisen- und Stahlindustrie sind auf der Thiel'schen Fabrik in den letzten 3 Jahren 31, 23 und 40 Unfälle vorgekommen. Daraus geht nach übereinstimmender Ansicht der Fachleute und des Gerichtes hervor, daß an dem Thiel'schen Betriebe in puncto Unfälle nichts auszuweisen ist, daß vielmehr für die Sicherheit der Arbeiter bestens gesorgt ist.

Abbruch. Die auf dem Leimsiederfelde auf der Falkenwiege befindlichen Baulichkeiten, bestehend aus 3 Stück Leimsiederbuden, einem Stallgebäude und einem offenen Schauer, sollen im Wege des öffentlichen Aufgebots an den Meistbietenden zum Abbruch verkauft werden. Verkaufsbedingungen und Lageplan liegen in der Registratur des Stadtbaubureaus während der Dienststunden zur Einsicht aus. Angekote, welche jedoch für jedes Gebäude gesonderte Preise und die ausdrückliche Anerkennung der anliegenden Verkaufsbedingungen enthalten müssen, sind in verschlossenem Briefumschlag mit der Aufschrift: „Angebot auf die Gebäude des Leimsiederfeldes“ bis zum 28. Januar d. J., Vormittags 12 Uhr, in der Registratur des Stadtbaubureaus abzugeben.

Die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft beabsichtigt — wie sich das „Verl. L.“ melden läßt — da sie durch die seitens der Hamburger Straßenbahn projektierte Kleinbahn Hamburg-Wohldorf ihre Interessen bedroht sind, gleichfalls den Bau einer elektrischen Kleinbahn Hamburg-Wohldorf von der Station Altrahlstedt ab.

Einbruch. In der Nacht zum Sonnabend wurde in einer in der Moislinger Allee gelegenen Fabrik ein Einbruch verübt. Die Diebe erbeuteten chirurgische Instrumente und Genuzmittel; außerdem stahlen ihnen noch 12 Pfennige in die Hand. Als Thäter wurden zwei Arbeiter, von denen einer früher in der betreffenden Fabrik gearbeitet hat, ermittelt.

Eigenthumsvergehen. Eine Mettwurst wurde einem hiesigen Handelsmann aus seinem Korbe gestohlen, als er denselben unbeaufsichtigt auf der Diele eines Hauses niedergelegt hatte. Einem Zimmermann aus Gr. Varin wurde Sonntag in einer hiesigen Wirthschaft ein Paket, enthaltend zwei Packete Blutreinigungsthee und einen schwarz-rothgefarbten Unterrock, entwendet.

Getvergegericht. Sitzung vom 22. Januar 1897. Der Brauer B. klagte gegen den Brauereibesitzer L. auf Entschädigung in Höhe von 47,50 Mk., weil er angeblich ohne gesetzlichen Grund plötzlich entlassen sei. In Wirklichkeit ist die Entlassung seitens des Beklagten in der irtigen Meinung erfolgt, daß Kläger einen auf Anschluß der Kündigung lautenden Revers unterschrieben habe. Beklagter behauptete jedoch überdies, daß Kläger, wie dieser zugab, eines Sonntags ein Mädchen mit in die Braustube gebracht und mehrere Flaschen Boßler aus dem Flaschenteller entwendet habe. Kläger stellte dies als allgemeinen Brauch hin, welcher die sofortige Entlassung nicht rechtfertigen könne. Die Sache wurde durch Vergleich erledigt, wonach Kläger 10 Mk. erhielt. — Daß ein Arbeiter aus eigenem Antrieb seinem Arbeitgeber anhielt, für einen niedrigeren Lohn zu arbeiten, der Fall dürfte kaum für möglich gehalten werden; und doch ist es vorgekommen. Der Arbeiter W. war bei dem Schleifer und Messerschmied S. im September gegen 3 Mk. Tageslohn und volle Kost in Arbeit getreten. In der zweiten Woche wurde auf seinen eigenen Antrag der Lohn auf 2,50 Mk. reduziert, wie er behauptet, unter der Bedingung, daß er ununterbrochen beschäftigt werde. In Wirklichkeit hat er aber bis zum 5. d. Mts. wöchentlich nur 4, 3 ja 2 und 1 1/2 Tage gearbeitet, und sich damit zufrieden gegeben. Aus letzterem Grunde und weil der Beklagte besorgt, Abmachungen gedachter Art vereinbart zu haben, wurde er mit seiner Forderung auf Zahlung einer Entschädigung von 50 Pf. für 49 Tage gleich 24,50 Mk. kostenpflichtig abgewiesen.

Hamburg. Der Streik der Hafnarbeiter und Seelente rückt nicht vom Fleck. In den Versammlungen der Streikenden am Sonnabend wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

„Mit Bedauern nehmen die streikenden Seelente und Hafnarbeiter Kenntniß von der Erklärung des Arbeitgeber-Verbandes, nach welcher dieser noch immer auf Wiederaufnahme der Arbeit vor Eintritt in Verhandlungen verharret, dabei aber über die eigentliche Abwicklung der Differenzen Alles im Unklaren läßt. Besonders befremdend muß es wirken, daß trotz der direkten Aufforderung unserer Kommission zu der Frage der Regelung unserer Löhne und Arbeitszeit Stellung zu nehmen, die Herren Arbeitgeber sich auch in diesem ihrem Antwortschreiben wieder vollständig ausschweigen. Die Streikenden erklären es für zwecklos, auf die abermalige Provokation einer Aeußerung bezüglich bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit eine nochmalige Antwort zu geben.“

Gestern Morgen waren insgesamt etwa 3800 Personen auf den Kais und auf den Schiffen als „Arbeitswillige“ thätig. Auf 47 von den auf dem Strom und an den Kais liegenden Dampfern wurde nicht gearbeitet. Gestern Nachmittag stockte die Arbeit so gut wie gänzlich, denn die Importirten können bei Schneefall nicht arbeiten. Das Fluchen der Stauer und Bize nützte nichts, die

Arbeit ging nicht von Statten. Mehrere Unglücksfälle ereigneten sich gestern an verschiedenen Stellen im und am Hafen. — Es reisten abermals mehrere nach hier gelockte Schwedische Seeleute in ihre Heimath zurück. — Beim Central-Streikomitee meldeten sich mehrere gewesene „Arbeitswillige“, denen von ihren Arbeitgebern ein Theil des Arbeitslohnes vorenthalten worden ist. Diese Leute wurden an das Gewerbeamt verwiesen. Die letzte Rettung der abgeschobenen Leute ist — das Central-Streikomitee. — Am Sonntag und im Laufe des gestrigen Tages trafen größere Geldbeträge von den „bekannten Männern“ und von Arbeitervereinen und Gewerkschaften des In- und Auslandes beim Streikomitee ein.

Hamburg. Die vorläufige Schließung der hiesigen Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, welche im Juli vorigen Jahres von der Polizeibehörde angeordnet wurde, ist vom Landgericht in Stade jetzt wieder aufgehoben. Demnach kann der Verein seine Thätigkeit wieder entfalten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Unsern lieben Freunde **Otto Heinrichs** zu seinem 22jährigen Wiegenfeste ein homerisches Hoch, daß der ganze Lange Lohberg wackelt. Die Freunde aus der Gr. Gröpelgrube.

Sonntag Abend starb plötzlich und unerwartet unser Freund

August Ruibat

im Alter von 38 Jahren. Tiefbetrauert von allen Freunden und Bekannten. Die Beerdigung findet Mittwoch den 27. Januar vom Sterbehause, Wilhelmshöhe 49 a, aus statt.

Sozialdm. Verein Vorwerk.
Am Sonntag den 24. d. M. starb unser treues Mitglied **August Ruibat** Wilhelmshöhe. Die Beerdigung findet Mittwoch den 27. d. M., Nachmittags 2 Uhr, vom Sterbehause, Wilhelmshöhe 49 a, aus statt. Die Genossen werden um rege Theilnahme ersucht.
Der Vorstand.

Denkzettel.
Sage meinen Collegen für die bei den Kohlen-dampfern gesammelte Unterstützung meinen innigsten Dank.
W. Renthien.

2 Damen-Maskenanzüge zu vermieten. **Mauer 132.**

Zu kaufen gesucht eine Hobelbank. Off. unter B C an die Exp. d. Bl. erbeten.

Engl. und franz. Weinflaschen in jeden Posten kauft **Süßstraße 94.**

Mehrere kleine Häuser sind bei geringer Anzahlung zu verkaufen. Näheres **Canalstr. 36 a.**

Gesucht sofort oder zum 1. Februar ein kräftiges Mädchen zu allen häusl. Arbeiten **C. Lehmann, Stockelsdorf.**

Gesucht für gangbare Schriften ein tüchtiger **Colporteur.**

Offerten unter **W C** an die Expedition d. Bl. **Jeden Mittwoch und Sonnabend:**

Limmerbier.

A. Osbahr, Glockengießerstr. 87.

Geschäfts-Gründung.
Allen Freunden und Gönnern sowie einem hoch-berechtigten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich hier selbst, **Fackelburger Allee 56,** einen

Haar-, Frisur- u. Haarschneide-Salon eröffnet habe.

Gute und saubere Bedienung zugesichert, bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Hochachtungsvoll **H. Miede, Barbier und Friseur.** Lübeck, im Januar 1897.

Grosse Auction!
am Mittwoch den 27. Januar, Morgens 9 1/2 und Nachmittags 2 1/2 Uhr anfangend in der Grundstraße 41
über: Mobilien und Waaren aller Art, sowie Kleiderchränke, Küchenschränke, Ledentische und Neol-Theerische, Zerkoffen, Sopha, Stühle, Schuhe und Stiefel, ein Posten Normal-Bäusche, neue und gekrauchte Betten, Galanteriewaaren, Taschenuhren und vieles nicht Genannte mehr. Weitere Aufzählungen werden Hundstraße 8 erbeten.
J. C. B. Schmebl,
Auctionator und Taxator.

Schwerin. Vergiftung. Ein Artillerist, der einen Schnaps trinken wollte, vergriff sich in der Flasche. Die eingenommene scharfe Flüssigkeit verbrannte ihm das Innere, woran er unter entsetzlichen Qualen Morgens verstarb.

Dittung
Mt. 15,60 auf Liste Nr. 40 und 73 Mt. 11,60 auf Liste Nr. 3118 von den Arbeitern bei Cordes Eiseller erhalten zu haben, **Das Streikomitee.**

Angelkommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelkommen:
Montag, den 25. Januar.
Vormittags.
8,40 D. Oriou, Larsson, von Kopenhagen in 16 Std.
Nachmittags.
4,30 Auguste, Alsborg, von Hjelst in 44 Std.
Abgegangen:
Montag, den 25. Januar.
Nachmittags.
2,— D. Gylfe, Githolm, nach Bergen.

Dienstag, den 26. Januar.
Vormittags.
6,— D. Hamstad, Lundin, nach Kopenhagen.
9,30 D. Neva, Prestin, nach Reval.
Wind und Wasserlauf in Travemünde 8 Uhr 2: WSW, mäßig. — 6,10 m. 5 Grad Kälte.
Schiffsbewegung in der Ostsee.
D. Luba ist in Billau angekommen.
D. Felix ist in Reval abgangsfertig, kann indeß wegen des dort herrschenden Schneesturmes nicht von dort ausgehen.
Dr. Felix ist von Reval auf hier abgegangen. 6 Kältegrade. Schiffsahrt unbehindert.

Sternschanz-Viehmarkt.
Hamburg, 25. Januar.
Der Schweinehandel verlief gut.
Begehrter wurde 1250 Stück, davon vom Norden — Geld vom Süden — Stückpreise: Versandtschweine schwere 50 — 51 Mk. leichte 47 — 49 Mk., Saugen 41 — 46 Mk. und Ferkel 44 — 47 Mk. pr. 100 Stk.

Gr. Juventur- u. Reste-Verkauf.
Hanskleider-Reste, 6 Metr., von Mt. 1,40 an, bessere Kleider von Mt. 4 an.
Guten Posten Corsetts (bessere Qualitäten), größere Weiten wegen Aufgabe zu unerreicht billigen Preisen.
Wollwaaren (Unterröcke, Capotten etc.) unterm Einkaufspreis.
Schwarze Kleider-Reste (zur Confirmation) besonders billig.
Wollgarne, wegen Aufgabe, überaus billig.
L. Duve, Gr. Burgstraße 32.
Die so sehr beliebten Thee-Schürzen zu 10 Pfg. sind auch im Ausverkauf vorhanden. Rest der halbseidenen Ballstoffe (alle Farben) Nohe Mt. 9.

Hôtel „Stadt Kiel“
Stockelsdorf.
Am Mittwoch den 27. Januar:
Grosser Eröffnungs-Ball.
Ende 3 Uhr. **C. Lehmann.**
Hierzu ladet freundlichst ein

Sterbekasse d. Maurer Lübecks
Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntniß, daß die **General-Versammlung** am Freitag den 29. Januar, Abends präcise 8 1/2 Uhr im „Berliner Hof“ stattfindet.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Die beliebtesten **Gratulations-Karten** mit den Bildnissen von Lassalle und Marx in 8 verschiedenen sehr gut ausgestatteten Mustern sind wieder eingetroffen und empfiehlt bei vorfindenden Gelegenheiten zum Preise von 15, 20 und 25 Pfennig die Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50.**

Die Schweinefleischerei von **W. Strohsfeldt** 73 Glockengießerstraße 73 empfiehlt:
Frische Fleischwaren, Pfd. 50 Pf.
Schweinefleisch . . . Pfd. 50 Pf.
Carbonade . . . Pfd. 60 Pf.
Quenfleisch . . . Pfd. 50 Pf.
Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pf.
Praten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pf.
Popf und Bein . . . Pfd. 25 Pf.
Geräucherter Speck Pfd. 60 Pf.
Gehochte Mettwurst Pfd. 60 Pf.
Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pf.
Rippen, per Pfd. 40 u. 60 Pf.
Kopf und Bein, per Pfd. 25 Pf.
Eisbein, frisch und gefalzen,
Flohmen, per Pfd. 55 Pf.
Flohmen-Schmalz,
pa. Braten-Schmalz, per Pfd. 30 Pf.
empfehlen
H. Timm, Gr. Altesfähre 1.
Grammisch. Doppeltkammer, Fl. 60 Pf.
Lütjenburger „ „ Fl. 60 Pf.
Wandsbieder „ „ Fl. 60 Pf.
Lübecker „ „ Fl. 60 Pf.
do. einfach „ „ Fl. 50 Pf.
sowie Cognac, Rum, Wermuth, Pfeffermünz etc.
empfehlen
Adolph Jührs,
Schwartauer Allee 33, Ecke Reiferstraße.

Frau Rupp, Gebamme, wohnt: **Alfstraße 31** und nicht **Mengstr. 24.**

Berliner Hof.
Heute Mittwoch (Kaisers Geburtstag)
Große Tanzmusik.
Anfang 7 Uhr.
Eintritt frei.
Achtung!
Schauerlente!
Mittwoch den 27. Januar
Mitglieder-Versammlung
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung.
Kartellbericht. Fragelosen. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Einladung zum BALL
der Arbeiter und Arbeiterinnen der sämtlichen Ränderereien und Fisch-Conserverfabriken
am Freitag den 29. Januar im Lokale des Herrn **Würkop,** Central-Hallen.
Kassenerhebung 6 1/2, Anfang 7, Ende 4 Uhr.
Eintritt 50 Pf., eine Dame frei.
Damenkarte 30 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein **Der Vergnügungs-Ausschuß.**

Circus Variété
Heute und folgende Tage:
Neue Debuts.
5 neue Sterne
des **Artistenthums.**
Großartiges Elite-Programm.

Stadttheater in Lübeck.
Mittwoch 27. u. Donnerstag 28. Januar
Fest-Aufführungen
zur Feier von Kaisers Geburtstag.
Abends 7 Uhr.
Außer Abonnement.
Gewöhnliche Opernpreise.
Mittwoch 1. Fest-Aufführung.
4. Gastspiel der Prima ballerina und Balletmeisterin **Frl. Paula Tagliani.**
Zum 4. Male:
Mit neuer Ausstattung!
Phantasien im Bremer Rathskeller.
Phantastisches Tanzbild frei nach W. Hauff von E. Graeb.
Vorher:

Was sich die Caserne erzählt.
Militärisches Genrebild mit Gesang von Sallingre.
Zu Anfang:
Neu!
Das Wetterhäuschen.
Musikal. Genrebild in 1 Aufzug von Adrian Hoff.
Donnerstag 2. Fest-Aufführung.
Einmaliges Gastspiel des Herzoglichen Hof-Opernsängers **Herrn Wlth. Cronberger,**
Gastspiel des Hrn. **Hans Thomaaszek.**
Lohengrin
Lohengrin — Herr Cronberger als Gast.
König Heinrich — Herr Thomaaszek a. Gast.

Die Reichspost als Arbeitgeber.

In den konservativen „Grenzboten“ werden die Arbeitsverhältnisse der Postbeamten, anscheinend von einem Fachmann, einer scharfen Kritik in besonderer Beziehung auf die Sonntagsruhe unterworfen. In Anbetracht des Umstandes, daß den „Grenzboten“ erst vor einigen Tagen wegen eines sozialistenfresserischen Artikels von himärischen Blättern ein Wohlverhaltenszeugniß ausgestellt worden ist, wird man sie gewiß als unverdächtigen Zeugen betrachten. Um so eindringlicher und wirksamer sind darum die sachgemäßen Darlegungen, die mit den Schönfärbereien des Herrn v. Stephan gründlich aufräumen und den Beweis liefern, daß der Postbeamte heute noch immer das richtige Arbeitstier ist.

Seit vielen Jahren bilden die Arbeitsverhältnisse der Postbeamten eine stehende Rubrik in den Etatsberatungen im Reichstage, und besonders auf die mangelnde Sonntagsruhe für die Postbeamten konzentrierten sich die Forderungen des Reichstages. Herr v. Stephan hat endlich gar nichts Neues mehr dagegen vorzubringen vermocht und hat eine Sonntagsruhe einrichten lassen und dann auch im Reichstage 1894 emphatisch erklärt, daß nunmehr die Sonntagsruhe für alle Betriebsbeamten der Reichspost in dem vorgeschriebenen Umfange durchgeführt sei, das heißt, daß jeder Postbeamte mindestens an jedem dritten Sonntag frei hat.

Das ist aber keineswegs richtig. Die Sonntagsruhe, wenn und wo sie eintritt, ist mit vermehrter Arbeitsleistung an den Wochentagen verknüpft. Man hat nicht einen einzigen Beamten mehr angestellt und nicht eine einzige Arbeitsstunde ist den geplagten Beamten erlassen worden! Nur die Bureaubeamten im Reichspostamt und in den Oberpostdirektionen und Oberpostparcassen haben eine wirkliche Sonntagsruhe und Wochentags nur eine Arbeitszeit von 6 bis 8 Stunden. Das sind aber im ganzen nur 2383 Mann, während die übrigen 140 000 Mann nach der „Durchführung“ der „Sonntagsruhe“ grade so lange arbeiten müssen wie vordem, nämlich die Beamten mindestens 56 Stunden und die Unterbeamten 70 Stunden wöchentlich. Die sogenannte Sonntagsruhe ist nur durch Veränderung der Stundenpläne, durch Verschiebung der alten Arbeitsleistung auf andere Stunden erreicht worden. Der ganze Vorteil besteht also darin, daß die sonst schon üblich gewesenen Ruhetage häufiger wie früher auf Sonntage entfallen.

Aber die angegebene Arbeitszeit ist nur das Mindestmaß der Leistung, die einem Postarbeiter abverlangt wird, und die „Sonntagsruhe“ erscheint nur in den Stundenplänen. In der Regel und in Wirklichkeit ist es viel schlimmer. Nicht allein, daß bei verkehrsreichen Postämtern schon in normalen Zeiten die notwendige Arbeit nicht in der angegebenen Zeit besorgt werden kann, giebt es für die Post alle möglichen Veranlassungen, die Arbeitslast zu vermehren und die Leistungen der Beamten zu steigern. Weihnachten und Neujahr, selbst Ostern und Pfingsten, Messen, Märkte und sonstige Ver-

anstaltungen bringen gesteigerten Postverkehr und da ist von dienstfreien Stunden überhaupt keine Rede, von einer Extrabehaltung aber ebensowenig.

Im Reichstage ist mehrfach das Verlangen ausgesprochen worden, den Postverkehr des Sonntags zu beschränken, um auf diese Weise den Beamten etwas mehr Ruhe zu verschaffen. Der „Grenzboten“-Artikel verweist demgegenüber darauf, daß damit bei dem gegenwärtigen System den Postbeamten gar kein Dienst erwiesen würde, sondern nur die Postverwaltung einen Vortheil davon hätte. Um nämlich bei einer Postanstalt den Bedarf an Beamten festzustellen, werden die zur Erledigung der laufenden Arbeiten in der Regel erforderlichen Dienststunden zusammengerechnet. Es kommen beispielsweise für die gesamten Arbeiten eines Amtes wöchentlich durchschnittlich 1272 Stunden heraus, das erfordert 18 Unterbeamte à 70 Stunden, die 12 überschüssenden werden auch noch so mit vertheilt, denn stellte man einen mehr an, dann bräuhete jeder nur 67 Stunden wöchentlich zu arbeiten und dabei würde es den armen Teufeln zu wohl. Also bei einer Beschränkung des Verkehrs würde die Postverwaltung einfach weniger Beamte anstellen, an eine Verringerung der Arbeitszeit für den einzelnen Beamten würde sie darum noch lange nicht denken.

Es ist also dringend erforderlich, daß der Reichstag die Herabsetzung der Arbeitsstunden der Postbeamten fordert und die Einstellung einer ausreichenden Anzahl von Beamten, um das zu ermöglichen. Der Artikelschreiber des „Grenzboten“ ist bescheiden und fordert 52 Stunden wöchentlich für die Beamten und 65 für die Unterbeamten. Einen Grund dafür, warum der Unterbeamte nach wie vor 13 Stunden länger arbeiten soll wie der Beamte, giebt er allerdings nicht an. Und wir sehen auch keinen Grund dafür. In der miserablen Bezahlung der Unterbeamten ist er sicher nicht zu finden.

Wir verlangen die Herabsetzung der Arbeitsleistung der Postarbeiter auf 8 Stunden täglich bei 6 Arbeitstagen in einer Woche, also 48 Stunden in der Woche, gleichviel, ob Beamter oder Unterbeamter. Aber ebenso nothwendig, wie die Herabsetzung der Arbeitszeit ist für die Unterbeamten und die niederen Beamtenstellen eine wesentliche Aufbesserung des Gehalts.

Es ist leicht, mit großen Ueberschüssen zu brillieren, wie das die Postverwaltung gleich den staatlichen Eisenbahnverwaltungen thut, wenn diese Ueberschüsse dadurch erzielt werden, daß die Beamten schlechter wie bei jedem Privatunternehmer bezahlt werden und jedem einzelnen Leistungen angesonnen werden, die schwerlich noch von einem Fabrikarbeiter verlangt werden. Der Militärstaat braucht eben Geld, um den Moloch zu füttern, deshalb werden Post-, Eisenbahn- und dergleichen Verwaltungen lediglich vom Standpunkte des Gelderdienens behandelt, als bloße Einnahmequellen für den Staat betrachtet, das Wohl der dabei beschäftigten Arbeiter wird darum so wenig berücksichtigt, wie das Verkehrsinteresse.

Es wird eines entschiedeneren Auftretens bedürfen,

Das Räthsel einer Nacht.

Kriminal-Roman. Nach den Aufzeichnungen eines Detektivs. Von Gehh. Schäßler-Perasini.

(14. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Kommissar legte dem Schwerverwundeten einen Nothverband an und schob ihm ein Kissen unter seinen Kopf.

Dann trat er zu Stephan Milisch.

„Vorwärts, Bursche!“ sagte er.

Gewaltsam mußte darauf der Verbrecher fortgeführt werden.

Er erhielt keine Zelle dicht neben derjenigen, welche Franziska einnahm, weil dieses die festeste ist.

Franziska hörte das Klirren der Schlüssel in der finsternen Nacht, hörte auch die wilden Flüche durch die Mauern dringen, als sich Milisch allein befand und ein Schauerfrost überlief sie.

Bald nachdem Milisch abgeführt worden, wurde auch Fried behutsam nach dem Krankenhaus transportirt.

„Was halten Sie von seinem Zustande?“ fragte Volten den zurückkehrenden Kommissar.

„Sein erstes Debut fiel schlecht aus,“ erwiderte dieser. — „Armer Kerl! Er wird keiner Anstellung mehr bedürfen, denn ich fürchte, er lebt kaum mehr bis zum Morgen!“

„Dieser Milisch ist ein Teufel!“ rief Volten erschüttert. „Wer mir noch vor zwei Tagen gesagt hätte, daß der gefährlichste Bursche hier in meinem Comptoir arbeite.“

XI.

In aller Frühe wurde Stephan Milisch vor den Amtsrichter zum Verhör geführt.

Ein Zeugen half nichts, der Einbrecher mußte also gestehen.

Er that es mit stockender heiserer Stimme.

„Wo waren Sie in Stellung, ehe Sie bei Herrn Volten eintraten?“ fragte nachdem der Richter.

Milisch schwieg.

„Wenn Sie uns diese Antwort verweigern, werden wir sie an anderer Stelle leicht erfahren“, sagte der Amtsrichter.“

„Ich war bei — Henze!“ stieß Milisch auf des Richters Frage trotzig hervor.

„So! Und seit wann?“

„Seit dem Jahre achtundachtzig.“

Dem Richter wurde Alles klar.

„Wo Sie sind der Wolf in Schafskleidern, den wir so lange suchen? Nun, da werden Sie wohl auch nicht mehr leugnen, dem Diebstahl damals vor drei Jahren nahe zu stehen.“

Milisch schwieg.

Aber er wußte, daß er nun verloren war.

„Sie haben ein hübsches Konto bei uns stehen!“ rief der Richter. „Fürs Erste ist Ihnen aber das Handwerk auf eine Reihe von Jahren gründlich gelegt. Wie kamen Sie denn auf den jetzigen Gedanken, Ihren zweiten Prinzipal abermals zu berauben?“

„Ich brauchte nöthig Geld,“ versetzte Milisch.

„Geld? Reichte Ihr Gehalt nicht aus?“

„Nein, ich wollte fort, nach Amerika, nach Indien. Ich konnte hier nicht mehr länger bleiben.“

Der Richter horchte hoch auf.

„Sie mußten fort? Warum?“

Milisch schwieg.

Er fand, daß er bereits zu viel gesprochen hatte.

Der Richter wiederholte scharf seine Frage.

„Ich rede nichts mehr,“ knirschte Milisch.

Der Kommissar Walder trat ein.

als dessen die Mehrheit des Reichstages zur Zeit fähig ist, um die Regierungen hier zum Nachgeben zu zwingen, die Postbeamten selbst aber können auf eine gründliche Besserung ihrer Lage nur dadurch ernsthaft einwirken, daß sie sich in noch größerem Umfange als bisher der Sozialdemokratie anschließen. Den Achtstundentagen Reichspostbeamten! Die Forderung ist wohl durchführbar, wenn, wie der Artikel der „Grenzboten“ zeigt, selbst wirtschaftliche Reaktionäre sich gezwungen sehen, bis zu dem 8 1/2stündigen Arbeitstag herunterzugehen!

Soziales und Partei-Leben.

Zu Chemnitz, wo die Arbeiter durch den Arbeitsnachweis der Metallindustriellen schwer benachtheiligt werden, ist eine Bewegung im Gange, die auf die Schaffung eines städtischen Arbeitsnachweises abzielt.

Der Allgemeine Niederländische Diamantarbeiterbund, der sich im Dezember freiwillig aufgelöst hatte, beschloß in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung die Wiederaufrichtung des Bundes, selbst auf die Gefahr einer Aussperrung durch die Juweliere.

Das englische Arbeitsamt (Labour Departement) stellt in seinem Bericht über die Lage des englischen Arbeitsmarktes auch für den Monat Dezember des vorigen Jahres eine im allgemeinen aufsteigende Tendenz fest. Der Dezember 1896 ist dabei nicht mit dem vorausgegangenen Monat November, sondern mit dem Monat Dezember des Jahres 1895 in Vergleich gezogen, weil, wie in dem Bericht bemerkt ist, der Vergleich mit dem November wegen der Weihnachtszeit zu falschen Schlüssen führen würde. Als arbeitslos wurden von 111 Trade-Unions mit einer Mitgliederzahl von 439 881 gemeldet: 14 186 Arbeiter oder 3,2 pCt.; im Dezember 1895 waren die bezüglichen Zahlen 88 Trade-Unions mit 398 258 Mitgliedern und 4,8 pCt. Arbeitslosen. Neue Konflikte zwischen Arbeit und Kapital wurden dem Amte 36 gemeldet; an diesen waren betheiltigt 6316 Personen gegen 37 Konflikte mit 4000 Personen im Dezember 1895. Von den 38 (neuen und alten) Konflikten, die im Dezember als erledigt gemeldet wurden, waren 18 erfolgreich für die Arbeiter und 12 endeten mit einer Niederlage für sie; 4 wurden durch Einigung beigelegt und von 4 anderen war definitives noch nicht bekannt. An den Veränderungen der Lohnhöhe waren 58 500 Arbeiter betheiltigt, nur 1500 hatten eine Verringerung des Lohnes zu erleiden, der große Rest erlangte eine Erhöhung, und zwar im Durchschnitt 1,35 Mk. wöchentlich. In hervorragendem Maße kamen die Erhöhungen zu gut den Arbeitern der Montan-, der Maschinen- und der Schiffsbau-Industrie. Interessant ist noch die Thatsache, daß von den 57000 Arbeitern, die eine Lohnerhöhung erreichten, nur 3300 in Streit zu treten brauchten; 45000 erreichten sie im Wege der Unterhandlungen zwischen beiden Theilen, während 9800 sie erlangten durch die gleitende Lohnskala (wonach der Lohn im Verhältnis zum Geschäftsgewinn steigt oder fällt). Pauperismus. In 35 ausgewählten Distrikten erhielten an einem bestimmten Tage der zweiten Woche des Monats Dezember

„Stark Fried ist schon gestorben,“ sagte er.

Milisch zuckte doch leicht zusammen.

„Da haben wir ja einen hübschen Fang gemacht,“ sprach der Richter, auf das Protokoll weisend. „Diebstahl bei Henze, Einbruch bei Volten, Todtschlag —“

„Ja,“ jähre plötzlich mit lauter Stimme Walder, so daß alle Anwesenden zusammenschreckten.

Dann sprang der Kriminalist auf Milisch zu und schüttelte ihn an der Brust.

„Mörder, Mörder, habe ich Dich endlich,“ schrie er.

Milisch war vor Schrecken halb in die Kniee gebrochen.

„Ich — weiß von nichts,“ stieß er verwirrt hervor.

„Wo warst Du in der Nacht vor vierzehn Tagen? Im Garten der Anna Burger. Du hast sie erschossen, ermordet!“

Mit starrem Blick sah Milisch den Kriminalisten an. Er hatte alle Fassung verloren bei diesem Angriff.

„Gefiehe, daß Du über den Zaun sprangst —“

„Ja —“ keuchte Milisch.

„Daß Du sie erschossen hast!“

„Ja —“ stöhnte der Verbrecher.

Walder ließ ihn frei.

Er wischte sich den Schweiß von der Stirn.

„Endlich ein Geständniß, endlich der Rechte,“ rief er hochaufathmend.

Dann wandte er sich an den Amtsrichter, welcher beinahe so fassungslos wie Milisch war.

Er konnte sich gar nicht denken, was diese Scene zu bedeuten hatte.

War der Beamte plötzlich toll geworden?

„Verzeihen Sie meine Erregung und daß ich dem Burschen etwas energisch zu Leibe rückte,“ sagte Walder, „aber ich konnte mich nicht mehr halten, nachdem ich endlich vor der Lösung jenes nächtlichen Räthfels stand.“

Wissen Sie denn, so fest ich noch vor Tagen an Frau

335 094 Personen Unterstützung aus öffentlichen Mitteln. Das ergibt 216 auf 10 000 Einwohner der betreffenden Distrikte oder 3 mehr als im November 1896, aber 6 weniger, als im Dezember 1895.

Daß die Ausbeuter auch dann „ihren“ Arbeitern keine Lohnerhöhungen bewilligen wollen, wenn sie geradezu unglaublich hohe Summen für ihr Nichtstun einheimen, das zeigt folgendes Beispiel. Coventry ist der Mittelpunkt der englischen Zweiradfabrikation. In dieser Stadt befindet sich auch die Werkstätte, wo die pneumatischen Schläuche (tyres) für die Zweiräder nach dem System Dunlop hergestellt werden. Im letzten Betriebsjahre soll die Dunlop-Gesellschaft einen Reingewinn von 25 000 000 Mark erzielt haben. Selbstverständlich erlangen nun die schlecht bezahlten Arbeiter, die bei der höchst ungesunden Beschäftigung sehr bald körperlich zu Grunde gerichtet werden, einen kleinen Antheil in Form einer Lohnerhöhung von dieser aus den Arbeitern geschundenen Summe. Doch ehe es noch zu einer Forderung kam, wurden die Vorkühler der Arbeiter gemahregelt. Die Durchschnittslöhning der Männer ist 21 Sh. für wöchentlich 54 Stunden, einige verdienen nur 18 Sh.; besonders geschickte Arbeiter und Spezialisten bringen es auf 24—26 Sh. Sofort nach der Entlassung der 3 Kollegen legten sämtliche 80 Arbeiter die Arbeit nieder und verlangten einen Penny stündlich Lohnerhöhung, und am Montag darauf standen die 4—500 Frauen aus. Die Löhne der Arbeiterinnen schwanken zwischen 6 und 12 Sh. wöchentlich. Sie forderten einen halben Penny stündlich mehr. Die Gesellschaft verlangte die sofortige Rückkehr zur Arbeit als Bedingung, ehe sie die Forderung in günstige Erwägung ziehen werde. Etwa die Hälfte der Frauen und wenige Männer nahmen die Arbeit wieder auf. Der Vorschlag der Gesellschaft, die Lohnfrage einem Schiedsrichter zu unterbreiten, wurde von den Arbeitern zuerst abgelehnt, nach Ablauf eines Tages jedoch angenommen. Nun waren es die Direktoren, die den Vorschlag als hinfällig bezeichneten und die Arbeiter als gänzlich entlassen erklärten. Den wenigen zurückgekehrten Arbeitern wurden sofort bessere Bedingungen zugesandt. Der Gewerberath der Stadt hat nun seine Vermittelung angeboten und da die gesammte Bevölkerung über diese brutale Ausbeuterthyppe empört ist, so werden die Herren Direktoren den Vermittelungsvorschlag wohl annehmen. Der Vorgang zeigt, daß von „friedlichen Vereinbarungen“ mit den Unternehmern nie die Rede sein kann, ihrer ökonomischen Macht muß die Macht der Vereinigung der Arbeiter entgegengesetzt werden, wenn die Arbeiter von den Früchten ihrer Arbeit einen entsprechenden Antheil haben wollen.

Ein russisches Arbeiterblatt unter dem Titel „Bistol Robotnika“ wird gegenwärtig in der Schweiz herausgegeben von dem Bunde der russischen Sozialdemokraten, der Organisation, die von Aye lod und Plechanow gegründet, die organisierten Arbeiter Rußlands im Ausland vertritt. Das vorläufig nicht periodisch erscheinende Blatt hat zum Zwecke, den russischen Arbeitern eine Uebersicht über die Arbeiterbewegung im Auslande und in verschiedenen Gegenden von Rußland selbst zu geben. Die Nr. 1 und 2 enthalten Mittheilungen über die Arbeiterbewegung in den verschiedensten Theilen Rußlands, die erfreuliches Zeugniß davon ablegen, daß die Energie der russischen Arbeiter in dem zielbewußten, planmäßigen Kampfe um die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen überall in stetigem Wachsthum begriffen ist.

Eine soziale Friedensbestrebung hat wieder einmal mit einem gänzlichem Mißerfolge geendet. Der Berliner Anwaltsverein hatte im vorigen Jahre eine

Kommission eingesetzt, um gemeinsam mit den Vertretern der verschiedenen Organisationen von Bureaugehilfen eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beraten. Ueber die meisten Punkte hatten die Beratungen zu einem Einverständnis geführt und die Kommission legte dem Anwaltsverein einen Entwurf vor, wonach der Verein seinen Mitgliedern gewisse Maßregeln „empfehlen“ sollte. Mehr konnte die Kommission nicht, weil der Verein keine amtliche Autorität über seine Mitglieder hat. Die Vorschläge der Kommission, die ganz ungemein zahlreich waren und den Gehilfen das Mindeste boten, was ein anständiger Arbeitgeber leisten muß, wurden in der Versammlung des Anwaltsvereins am 21. d. M. gleichwohl abgelehnt.

Aus Mail und Fern.

Ein Trinkgeld-Prozess. In Dresden erregte es im vorigen Oktober ein ganz außerordentliches Aufsehen, als plötzlich einer der bekanntesten Einwohner, der Hypotheken-Buchführer Sekretär Emil Richter verhaftet wurde. Der Mann hatte zahlreiche Ehrenämter inne, war seit Jahren Stadtverordneter und Sekretär des großen Hausbesitzervereins. An diese Verhaftung knüpfte sich bei ihm und noch zehn anderen Hypotheken-Buchführern des Amtsgerichts Dresden-Alstadt Hausfuchungen und Staatsanwaltschaftliche Erörterungen, die zu dem Ergebnisse führten, daß gegen acht Hypotheken-Buchführer die Anklage wegen Amtsmißbrauches erhoben wurde. Es wird diesen Beamten vorgeworfen, daß sie fortwährend im Dienst für allerdings nicht pflichtwidrige Handlungen Geldgeschenke und auch andere Werthgegenstände angenommen haben. Einzelne der Angeklagten, welche Jahrzehnte bereits im Dienste stehen, haben ein erhebliches Vermögen, so auch Emil Richter. Derselbe stammt aus einer armen Bergmanns-Familie und besitzt jetzt, obwohl er zuletzt nur 3000 Mark Gehalt bezog, ein nachgewiesenes Vermögen von Mk. 140 000. Die Anklage nimmt an, daß die Wohlhabenheit dieses Beamten lediglich auf die schier endlosen Trinkgelder zurückzuführen ist, die er seit 1873 angenommen hat. Richter giebt zu, Geschenke angenommen zu haben. Er entschuldigt sich zunächst damit, das Geschenke nehmen habe er bei seinem Amtsantritt als Sitte bereits vorgefunden. Nach der Vernehmung dieses seit Oktober in Untersuchungshaft sitzenden Beamten ist er oft in seiner Eigenschaft als Hypotheken-Buchführer über Grundbuchsachen von Personen, die auf dem Grundbuch-Akte zu thun hatten, um Rath gefragt worden. Auch hat er häufig für derartige Personen Kaufverträge und ähnliche Schriftstücke, welche nicht die gesetzlich vorgeschriebene Fassung hatten, abgeändert, auch wohl neu angefertigt. Die Anklage weist darauf hin, daß dieses Alles im Wesentlichen Geschenke seien, zu denen in Sachen dem Hypotheken-Buchführer überhaupt eine dienstliche Verpflichtung obliege; Richter dagegen stellt die Sache so dar, als handle es sich um Privatarbeiten, die mit seinen Dienstgeschäften keinesfalls etwas zu thun hatten. Ausschließlich als Bezahlung für Privatgefälligkeiten will er also die Geschenke erhalten haben. Dagegen nur die Fälle vom Jahre 1891 ab unter Anklage gestellt sind, so gelangt doch eine schier endlose Reihe von empfangenen Trinkgeldern zur Verlesung. Es handelt sich um Beträge von Mk. 2—150. Der Gesamtbetrag der allein von Richter angenommenen Geschenke beläuft sich seit 1891 auf Mk. 12 550, dazu kommen noch Geschenke in Wein, Cognac, Cigarretten, Cigarren und Chocolade. Die in einem vorgefundenen Wirtschaftsbuch gemachten Aufzeichnungen haben das

Gericht zu der Ausnahme gebracht, daß dieser Angeklagte seit 1873 mindestens 60 000 Mk. Trinkgelder eingehandelt hat. Der Angeklagte führte auch über die Geber bis 1894 ziemlich genau Buch. Aus seinen Aufzeichnungen läßt sich erkennen, daß sich meistens Bauunternehmer ihm für seine Gefälligkeiten erkenntlich zeigten; die nobelsten Geschenke gab eine Dresdener Baugesellschaft die ihm zu Weihnachten Mk. 100—150 zu überreichen pflegte. Richter trieb mit diesen Geschenken einen eigenartigen Sport. Was ihm nicht in Baar unter seiner Aktendeckel geschoben oder in die Hand gedrückt wurde, sondern ihm als Brief zuging, stapelte er das ganze Jahr auf. Am Abend vor Weihnachten wurden dann die sämmtlichen Briefumschläge geöffnet, und Richter hatte wie der Gerichts-Präsident sich ausdrückte, seine Freude an dem „schönen Gelde.“ Und ein schönes Stück Geld kam bei ihm so im Laufe des Jahres zusammen, wozu man berücksichtigt, daß seine Trinkgeld-Nebeneinnahmen monatlich etwa 250—350 Mk. und auch vereinzelt mehr betragen. Nach der Anklage soll es Richter von den in Untersuchung genommenen Hypotheken-Buchführern am ärgsten getrieben haben. Schließlich fiel jedoch ein mit 50 Mk. beschwerter Brief in unrechte Hände und die ganze Trinkgeld-Praxis kam zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft. Nach mehrtägiger Verhandlung fällte das Dresdener Gericht am 23. d. Mts. folgendes Urtheil: Richter wird zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängniß, Kämpfe zu Mk. 95, Fischer zu Mk. 315, Betsch zu Mk. 465 Geldstrafe, Kummel zu 3 Monaten Gefängniß, Werner zu Mk. 240, Uhlmann zu Mk. 445 Geldstrafe verurtheilt. Außerdem werden sämmtliche von den Verurtheilten aus genommenen Geschenke konfisziert.

Ein zweiter „Aufschützer“? Am 19. Januar ist in Amsterdam im Laufe von vier Wochen der fünfte geheimnißvolle Mordanfall auf junge Frauenzimmer vorgekommen. Die Sache macht gewaltiges Aufsehen, da man gleich nach den ersten Mordanfällen allgemein an einen „Nachden Aufschützer“, dachte. Selbst die medizinischen Mütter beschäftigten sich mit dem eventuellen Krankheitszustand des noch völlig unbekanntem Thäters.

Aus Skierniewice (Russisch-Polen, an der österreichischen Grenze) berichtet das „Wiener Fremdenblatt“ von einem Eisenbahn-Attentat: Am Donnerstag waren unweit Skierniewice vor Eintreffen des Warschau-Wiener Schnellzuges große Steine auf die Schienen gelegt worden, augenscheinlich in der Absicht, den Zug zum Entgleisen zu bringen. Durch die Vorsicht des Zugführers und die gute Konstruktion der Lokomotive wurde dies verhindert, ein Unfall hat sich nicht ereignet. Unter den Passagieren befand sich der russische General Fürst Trubetzkoi. Es ist eine Untersuchung eingeleitet.

Literarisches.

Meyer's Konversations-Lexikon, Band XIV. — Das neue Werk nach der Vollendung. Hervorragend sind in dem neu erschienenen Band die Stichworte „Politik bis Russisches Reich“ umfassen die literarhistorischen Arbeiten über polnische, portugiesische und russische Literatur, die die Entwicklung des geistigen Lebens jener Nationen mit leuchtender Klarheit aufzeichnen. Dieses Gebiet hat außerdem noch eine würdige Vertretung in dem Artikel „Roman“ gefunden, der nach einem gedrängten Resümee über Begriff und Wesen in die „Geschichte des Romanes“ übergeht und sich hier zu einer überaus werthvollen, umfassenden Studie über die Ausbreitung der Romanliteratur bei den Kulturvölkern entfaltet. Der „Presse“ ist gleichermäßen ein größerer Antheil in Verbindung mit einer eingehenden Darlegung der preßgesetzlichen Bestimmungen in Deutschland, Oesterreich und den übrigen Nachbarreichen gewidmet. An den früheren Bänden bereits haben wir die Gründlichkeit in der Behandlung geschichtlich-geographischer Themen gerühmt; sie zeigt sich auch in dem neuen Band bei den von reichem kartographischen Material unterstützten Arbeiten über Preußen (mit neuer farbiger Tafel „Preussische Provinzwappen“), Portugal, Rumänien, Rom (Alt- und Neu-Rom), Russisches Reich, Russisches Reich. Zur Erkenntniß uners Seelenleben dienen die mit imponirender wissenschaftlicher Vertiefung geschriebenen Beiträge über Psychologie, Psychophysiologie, dann über Psychiatrie, während aus der Sphäre der Kunst- und Kunstgeschichte die glänzend geschriebenen biographischen Artikel „Raffaell“, „Randy“, „Rosini“, „Rubens“ und weiter der Aufsatz „Russische Kunst“ (mit neuen Tafeln „Russische Kultur I und 2“) unbedingten Anspruch auf vollste Würdigung erheben können. Für einschlägige Fragen aus dem Gebiete der Rechts- und Staatswissenschaften ermöglichen die gemeinverständlichen Abhandlungen über Rechtswissenschaft und die jüngste der juristischen Disziplinen, die vergleichende Rechtswissenschaft, ferner über Reichsangehörigkeit, Reichsbehörden zc. eine vortreffliche Orientirung. Zu der Darstellung des Verkehrswezens in Meyers Konversations-Lexikon tritt in der gegenwärtigen Fortsetzung der Artikel „Post“, der unter diesem Stichwort neben der Geschichte des Postwesens die heutige Einrichtung und den Betrieb dieser Anstalt im deutschen und internationalen Verkehr und in großen Zügen auch das Postwesen in außerdeutschen Ländern umfassend behandelt. Arbeiten von einschneidendem öffentlichen Interesse auf dem Gebiete der Hygiene und Volkswohlfahrt begegnen wir unter dem Stichworten „Rettungswesen zur See“ (mit Karte Rettungstationen an den deutschen Küsten), „Rieselfelder“, „Rothes Kreuz.“ Von den naturwissenschaftlichen Beiträgen muß bei der Wichtigkeit des Gegenstandes zunächst der Mittheilungen über die wichtigsten Strahlen gedacht werden, daneben zeichnen sich aber auch die Artikel „Quelle“, „Nebel“, „Regen“ als musterhaft in der lexikographischen Behandlung der gegebenen Themas aus. Die illustrative Ausstattung des neuen Bandes ist musterhaft, sowohl was die Planmäßigkeit in der Verwendung des Anschauungsmaterials als auch was die Ausföhrung der Bilder selbst betrifft. Man erkennt, daß neben der erheblichen Vermehrung und auch Verbesserung der Textillustrationen zahlreiche Textärtchen aus der letzten Auflage durch neuere und bessere ersetzt worden sind. Von überraschender Wirkung ihrer Farbendruck und künstlerischen Durchbildung wegen ist die Tafel „Deutsche Raubvögel“ und die neue Tafel „Reiter“. Daneben können die neuen Holzschmittarbeiten „Reichstagsgebäude zu Berlin“, „Reichsgerichtsgebäude zu Leipzig“ (mit Grundrissen), „Reitkunst“ (hohe Schule), „Ringe“ (in historischer Darstellung) den vortrefflichen Eindruck nur vervollständigen, welchen wir von dem neuen Band des Meyerschen Wertes empfangen haben.

Volgens Schuld glaubte, so fest weiß ich heute, daß auch sie unschuldig ist.“

„Wie?“ rief der Amtsrichter und faßte nach der Stirn. Kurz, ich zweifelte bald genug an ihrer Schuld und bin ich einmal dahin gekommen, kann ich nichts thun, als Beweise für das Gegentheil zu finden.“

„Beweise“, rief der Richter. „Sie haben abermals Beweise in der Hand? Das ist unmöglich.“

„Ich habe sie.“ hier — diesen Knopf.“

Damit legte Walder den blauen Perlmutterknopf auf den Gerichtstisch. Der Amtsrichter öffnete ganz perplex die Augen weit. Das ist kurios!“ wollte er jedoch rufen, da sah er, wie der Verhaftete erschrocken die Knöpfe seines Rockes betrachtete.

Unten fehlte der zweitletzte! Die übrigen waren von derselben eigenthümlich blauen Farbe wie derjenige, welchen Walder im Garten der Ermordeten fand.

Nun ward der plötzliche Aufschrei des Kriminalisten erklärlich.

Er hatte die Stelle an Milich's Rock entdeckt, wohin der Knopf paßte und somit den Mörder gefunden.

„Sie müssen mit dem Teufel im Bunde stehen“, murmelte der Amtsrichter, der nur mühsam seine Gedanken ordnete.

„Nicht so ganz“, lächelte Walder. „Der Zufall, unser bester Freund, kam mir etwas zu Hilfe. Hören Sie, wie ich den Knopf fand!“

Er berichtete genau und fügte hinzu: „Man muß auch das Unbedeutendste bewahren in einem solchen Fall. Das kleine Ding hat uns den Mörder in die Hand geliefert. Ich könnte die Sohlen seiner Stiefel noch mit dem genauen Maß vergleichen, welches ich an den Eindrücken nahm, aber wozu das!“

Milich hat die That eingestanden, er weiß, daß es

nichts mehr nützt, zu leugnen und daß er, da ja Fried auch todt ist, so wie so eine ganze Reihe von Jahren hinter Schloß und Riegel kommt.“

Diese halb an den Verbrecher gerichtete Rede verfehlte nicht, ihre Wirkung auf diesen auszuüben.

„Es ist aus“, stieß er in einer Anwendung von Galgenhumor hervor, „und da kann ich ja schließlich den Herren den Gefallen thun und die Geschichte erzählen.“

„Da bin ich wirklich gespannt darauf“, konnte sich der Amtsrichter nicht enthalten zu rufen.

Milich, welcher die erste Bestürzung überwunden hatte, schien nun einen gewissen Stolz und Genugthuung darin zu finden, daß er der Polizei eine harte Nuß zu knaden aufgegeben hatte.

Er sagte ungefähr Folgendes:

„Ich war nie ein besonders großer Damenfreund und manche Leute behaupteten, daß, wenn ich mich einmal doch verliebe, dies um so schlimmer würde. Darüber lachte ich nur. Eine solche Zeit kam aber. Sie war da, ehe ich wußte wie. Eines Tages erhielt unser junger Herr den Besuch jener Anna Burger, welche noch nichts von seiner Vermählung wußte.

An dem hitzigen Gespräch im Privatkabinett merkte man leicht, daß die Burger eine verlassene, ehemalige Geliebte war. Wie sie das Kabinett verließ, wollten ihr die Kniee brechen. Ich stützte sie und führte sie vor die Thüre. Dabei sah ich ihr ins Gesicht und ward ganz betroffen.“

Das Mädchen war schön wie die Sünde und ich brachte den Gedanken an sie nicht mehr weg. Es war gekommen, wie man mir prophezeit hatte. Ich schwur mir zu, um Anna zu besitzen, Mord und Todschlag zu begehen, wenn es sein müßte. Keim Mensch, außer Anna selbst, erfuhr eine Silbe von dem, wie es in meiner Brust ausfiel.“

(Schluß folgt.)